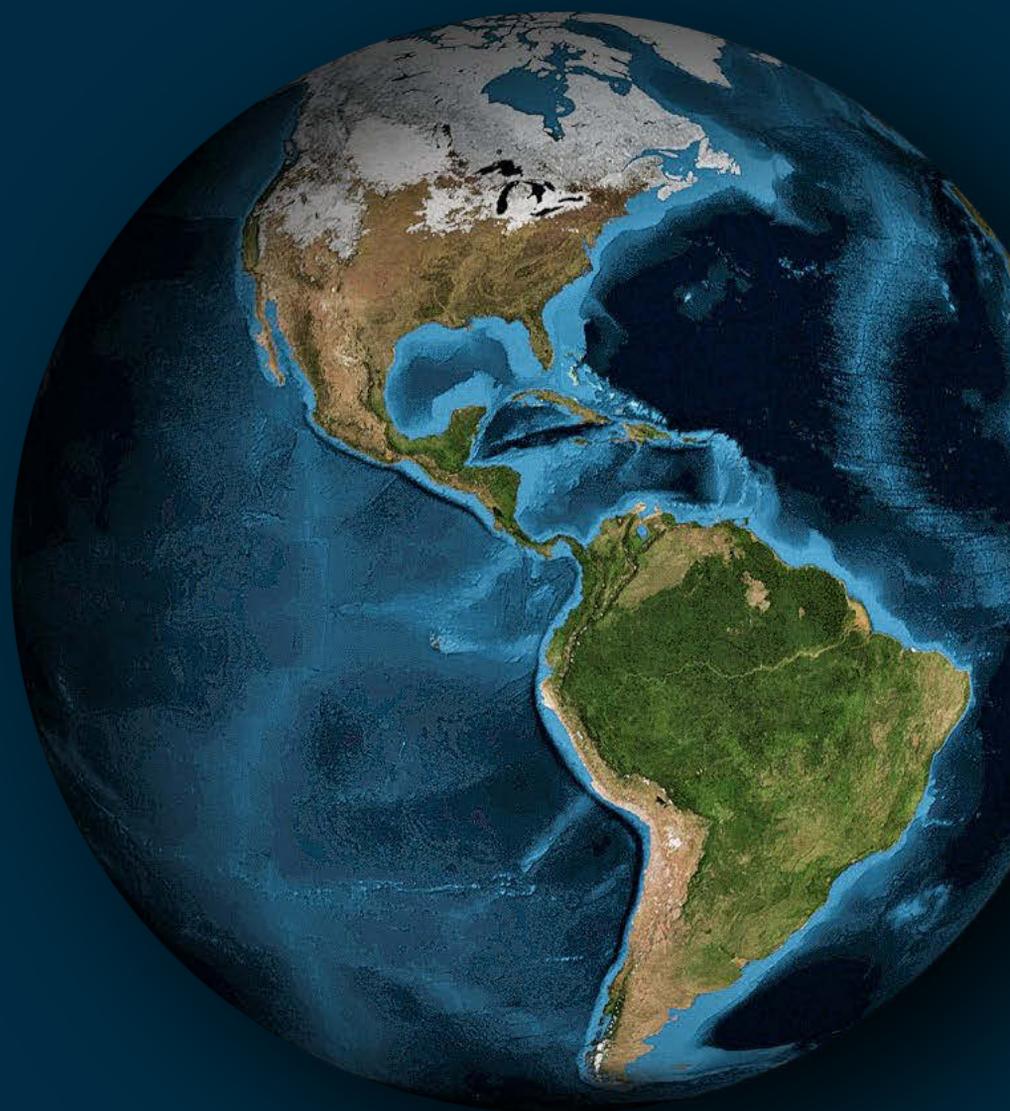


Heike Möller (Hrsg.)

AGENDA 2030 IN BRANDENBURG

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg



Forum Entwicklungspolitik Brandenburg

wird herausgegeben vom Verbund Entwicklungspolitischer
Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB)
Tuchmacher Str. 49, 14482 Potsdam
Tel. 0331-7048966

www.venrob.org

Verantwortlich: Uwe Prüfer, pruefer@venrob.org

Ausgabe 7 (2017)
Heike Möller (Hrsg.): Agenda 2030 in Brandenburg

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.
© WeltTrends, Potsdam 2017

Layout & Satz: Kathrin Windhorst / kwikwi.org
Druck: solid earth, Berlin
Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.
Produziert mit 100 % Ökostrom.

ISBN 978-3-945878-72-9

Bestellung: info@venrob.org

Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Justiz und für
Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg.



Inhalt

Brandenburgs langer Weg zur Agenda 2030 <i>Heike Möller</i>	2
Streckenprofil: generell sandig, steinig, mit steilen Anstiegen und vielen Hindernissen <i>Uwe Prüfer</i>	4
Wahlkampf 17 und die 2030-Ziele: War da etwas? <i>Adolf Kloke-Lesch</i>	6
Das Nachhaltigkeitsmanagement der Evangelischen Landeskirche <i>Patrick Schnabel</i>	11
„Volle Kraft voraus“ <i>Sebastian Zoepf</i>	14
Fachübergreifende und fächerverbindende Kompetenzentwicklung an Schulen zu Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) <i>Ramona Krautz & Nadine DÜppe</i>	16
„Jetzt! Jugendforum Zukunftsfähigkeit Brandenburg 2017“ <i>Luisa Adlkofer & Melanie Nelkert</i>	18
New Alliances – we're in this together <i>Franza Drechsel, Inger Kühn, Uwe Prüfer, Jahsa Wiles</i>	20
Aus der Arbeit des 8. Round Table Entwicklungspolitik in Brandenburg am 30. Juni 2017	25

Brandenburgs langer Weg zur Agenda 2030

Von den Agenda 21-Initiativen auf die globale politische Agenda in Rio 1992 – von Bottom-up zu Top-down und Vice versa: Die Ablösung der alten acht UN-Entwicklungsziele 2015 in New York erfolgte mit dem Beschluss der Staatengemeinschaft für die umfangreiche Agenda 2030 und den 17 Sustainable Development Goals und war getragen von einer Euphorie, die sich – nur zwei Jahre später unter Donald Trump – schwer vorstellen lässt.

Politische Rahmenbedingungen sind wichtig, wie 2001, als von der rot-grünen Koalition des Kabinetts von Gerhard Schröder der „Rat für Nachhaltige Entwicklung“ (RNE) ins Leben gerufen wurde („Jahrhundertaufgabe Nachhaltigkeit“). Seit 2002 gibt es eine bundesdeutsche Nachhaltigkeitsstrategie, deren letzte Fortschreibung 2014 unter der Ägide Angela Merkels erfolgte – ein 250seitiger Katalog, in dem alles drinsteht, was unsere Lebensgrundlagen ausmacht.

Von einer deutschen, respektive europäischen Vorreiterrolle in der Klimapolitik kann allerdings kaum die Rede sein. In den vergangenen 25 Jahren sind die Treibhausgasemissionen um rund 60 Prozent gestiegen. Auch die Nachfrage nach fossiler Energie steigt weiterhin an. Führend ist Deutschland bei Diskussionen um technische Klimaschutzoptionen und der Masse an Gesetzgebungsakten.

Die konkreten Emissionen lassen ganz andere Rückschlüsse zu. „Enkeltauglichkeit“ ist eine Schimäre, schaut man sich allein die Exportzahlen in der Autoindustrie an. Keiner traut sich, das volkswirtschaftliche Gleichgewicht in Frage zu stellen und grundlegende Transformationen einzufordern, die unsere Arbeitswelt und unseren „verdienten“ Wohlstand scheinbar gefährden. Wenn wir unser Wohlstandsmodell weiterhin in Schwellenländer exportieren, sollten wir uns dessen bewusst sein, dass sich „plündernde Lebensstile“ wie der unsrige als überaus ansteckend erweisen. Wie schwer sich Politik und Wirtschaft im Umgang mit einer nicht nur auf kurzfristige Imagebildung ausgerichteten Nachhaltigkeit tun, zeigt sich an der Verzögerungstaktik der Landesregierung beim Ausstieg aus der Braunkohle in Brandenburg. Eingebettet in Sachzwänge werden tragfähige Entscheidungen immer wieder in die Zukunft verschoben – so dass unsere Nachkommen auch noch etwas davon haben ... ist das enkelgerecht?

Die Wahlen sind vorbei, und was ist nun von einer politischen Konstellation erwartbar in Punkto Nachhaltigkeit und Entwicklungspolitik? Adolf Kloke-Lesch vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik untersucht in seinem Beitrag die Wahlkampfprogramme der Parteien und ihre Aussagen zur Agenda 2030. Die Parteien selbst sind die Schwachstellen, aber auch Zivilgesellschaft und Verbände schneiden in seiner Analyse nicht gut ab. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Politik bei den wichtigen Weichenstellungen in der kommenden Legislaturperiode 2017–2021 für nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz entscheidet.

Patrick Schnabel, Beauftragter des Kirchlichen Entwicklungsdienstes der EKBO, vermittelt einen Einblick in das Nachhaltigkeitsmanagement der Evangelischen Landeskirche. Mit ihren bundesweiten Einrichtungen und Werken ist die evangelische Kirche zweitgrößter Arbeitgeber nach der öffentlichen Hand und rangiert auch im Bereich Land- und Forstbesitz im oberen Bereich. Obgleich eher im Dienstleistungssektor tätig, haben kirchliche Einrichtungen gleichwohl einen beachtlichen Anteil an Ressourcenverbrauch, Emissionsausstoß etc. und verfügen demzufolge über ein Umweltbüro für die nationale und einen Entwicklungsdienst für die internationale Dimension von Nachhaltigkeit.

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) darf natürlich nicht fehlen. Sebastian Zoepf von der Spreeakademie berichtet von den Aktivitäten der Brandenburger Arbeitsgemeinschaft BNE (AG BNE), die es sich zum Ziel gesetzt hat, landesweite BNE-Qualitätskriterien zu etablieren und entsprechende Qualifizierungsangebote für BNE-Akteure zu fördern. BNE soll in der Öffentlichkeit nicht nur als Nische im Bildungsbereich, sondern als Querschnittsaufgabe aller Bildungsakteure ernst genommen werden.

Über die fachübergreifende und fächerverbindende Kompetenzentwicklung an Schulen zu Bildung für Nachhaltige Entwicklung geht es im Beitrag von Ramona Krautz vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS) und Nadine Düppe vom LISUM Berlin-Brandenburg. Man ist auf einem guten Weg, was die Verortung von BNE im neuen Rahmenlehrplan betrifft. Die Umsetzung stellt eine Herausforderung an alle Beteiligten dar, sie finden aber vielfältige Anwendungsmöglichkeiten im Unterricht.

Luisa Adlkofer und Melanie Nelkert bewerben das Mitte Juli 2017 an den Start gegangene Pilotprojekt von VENROB und der Außenstelle Berlin-Brandenburg von Engagement Global „Jetzt! Jugendforum Zukunftsfähigkeit Brandenburg 2017“. Auf der JuFo-Plattform werden junge Menschen angehalten, sich über entwicklungspolitische Themen zu informieren und auszutauschen. Sie können in Projekten, Veranstaltungen und Aktionen eigenständig aktiv werden und damit der Forderung nach größerem entwicklungspolitischen und nachhaltigen Engagement in der Bevölkerung nachkommen.

Potsdam hatte Besuch: Im Rahmen eines 5-tägigen Pilot-Fachaustausches vom 11.–15. September 2017 fand die New Alliances Convention statt, ein erstmals gemeinschaftlich von Cagintua e.V. und VENROB e.V. ausgerichtetes Vorhaben. Diskutiert wurden komplexe Themenbereiche wie Demokratiegestaltung und die Entwicklung offener, diversitätsbewusster Gesellschaften. Es ging aber auch um die Vernetzung von Fachleuten im NGO-Bereich sowie mit regional-wirtschaftlichen Unternehmen aus Ghana, Kamerun, Nigeria und Brandenburg.

Über die aktuelle Arbeit des jährlich stattfindenden Round Table Entwicklungspolitik erfährt man aus Protokollnotizen vom 30. Juni 2017. Dieser befasste sich im ersten Teil mit der Vorstellung und anschließenden Diskussion des Indikatoren-Sets für die Beobachtung der nachhaltigen Entwicklung in Brandenburg, ein Beitrag zur Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg. Wer sich mit dem Monitoring der Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien Brandenburgs vertraut machen will, dem sei die Lektüre über die Arbeit der Stakeholder aus den Landesministerien sowie der Nichtregierungsorganisationen empfohlen.

Alles in allem wieder ein buntes Info-Paket, das zum Nachlesen, Mitdenken und Mitmachen anregen will!

Potsdam, im Oktober 2017

Heike Möller



Streckenprofil: generell sandig, steinig, mit steilen Anstiegen und vielen Hindernissen

2017 ist ein Jahr der weltweiten Kriege, Konflikte und Verelendung, der Menschenrechtsverletzungen und des Terrorismus. Die daraus resultierende Flucht – die zu relativ geringem Teil bis zur märkischen Scholle erfolgt – hat auch in Brandenburg viele Menschen verunsichert. Nationale Abgrenzung – mental wie per Stacheldraht – wird von nicht wenigen als die Lösung für globale Herausforderungen angesehen und mittels Wahlverhalten befürwortet.

Gleichzeitig haben die Vereinten Nationen mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und dem Pariser Klima-Abkommen einen großen Handlungsrahmen für vielfältige solidarische Kooperationen auf unterschiedlichen Ebenen geschaffen und angeregt.

Damit sind auch der am 24. September 2017 neu gewählte Bundestag und die künftige Bundesregierung aufgefordert, ihre Politik sozial gerechter und ökologischer zu gestalten – sowohl für die Menschen hierzulande als auch bezüglich der Auswirkungen auf andere Länder. Der „Exportweltmeister“ Deutschland steht klar in einer Verantwortung, die schädlichen Folgen unserer Wirtschaftsweise und unseres Konsumverhaltes in anderen Regionen der Welt zu minimieren sowie bestmögliche Unterstützung dabei zu leisten, deren Entwicklungsmöglichkeiten nachhaltig zu gestalten. Zentral wird dabei sein, die – weiter zu verbessernde – globale Nachhaltigkeitsagenda 2030 in kohärente nationale Politik umzusetzen. Das wird angesichts des Wahlausgangs zum 19. Bundestag und der konträren Wahlprogramme möglicher Koalitionäre echt spannend!

Und Brandenburg?

Wie weit kann unser Bundesland noch in dieser bis Ende 2019 dauernden Legislaturperiode mit Rot-Roter Landesregierung auf dem Weg der Umsetzung seiner 2014 verabschiedeten Landesnachhaltigkeitsstrategie vorankommen? Wieviel Mut gibt es bei der begonnenen Weiterentwicklung, um zum Beispiel ausgekohlte Pfade zu verlassen? Wie gelingt noch stärker die Partizipation junger Menschen (Zukunftsfähigkeit!) und von denjenigen, die noch nicht lange hier leben, aber mit vielen Hoffnungen. Dieses Heft greift dabei wichtige Standortbestimmungen, Aktivitäten und Probleme auf.

Aus entwicklungspolitischer Sicht wären einige Wegweiser unerlässlich:

- Die Nachhaltigkeitsstrategie Brandenburgs formuliert bisher viele wichtige und richtige Ziele und Handlungsempfehlungen. Die Umsetzung muss ganz oben auf der Prioritätenliste der Regierung stehen.
- Zur Umsetzung der Strategie müssen die Institutionen der Nachhaltigkeit gestärkt werden. Dies gilt in besonderer Weise für jene der Zivilgesellschaft, einschließlich des Ausbaus geeigneter Beteiligungsmöglichkeiten von jungen Menschen sowie von Migrant*innen und Geflüchteten.
- Eine der Voraussetzungen für die Umsetzung der Agenda 2030 ist die Bewusstseinsbildung im eigenen Land für eine nachhaltige und global verflochtene Welt. Damit kommt der Bildung für

Nachhaltige Entwicklung und dem Globalem Lernen eine stark wachsende Bedeutung als Motor für Transformation zu. Sie fördert das zukunftsfähige, soziale Miteinander, Verständnis für globale Entwicklungen und interkulturelle Kompetenz. Die Mittel für diesen Bereich sind deshalb zu erhöhen.

- Ein »Nachhaltigkeits-TÜV« könnte alle politischen Strategien, Aktionspläne und Gesetzesvorhaben auf deren Übereinstimmung mit den Zielen nachhaltiger Entwicklung prüfen.
- Die Landesregierung sollte jährliche Kohärenzberichte zu den Fortschritten im Sinne nachhaltiger Entwicklung verfassen und dabei verdeutlichen, welche Herausforderungen und Schwachpunkte noch zu bearbeiten sind. Diese Kohärenzberichte sind im Landtag und mit der Zivilgesellschaft zu diskutieren.

Also, machen wir uns auf den Weg!



Uwe Prüfer

Wahlkampf 17 und die 2030-Ziele: War da etwas?

Eigentlich hätte man erwarten dürfen, dass die universelle 2030 Agenda mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs oder auch „2030-Ziele“) zu einem zentralen Bezugspunkt des Bundestagswahlkampfes 2017 wird. Angela Merkel (CDU) hatte noch im Mai der 2030 Agenda „historische Bedeutung“ zugesprochen und sie als „umfassende(n) Auftrag zur Transformation für alle Staaten und letztlich für jeden Einzelnen von uns“ bezeichnet¹. Sigmar Gabriel (SPD) erkannte in der 2030 Agenda den „zentrale(n) Bezugsrahmen für eine gerechtere und friedlichere Weltordnung“², Martin Schulz (SPD) sprach sich für deren ambitionierte Umsetzung aus³. Barbara Hendricks (SPD) sah in ihr einen „globalen Gesellschaftsvertrag“, den „ehrgeizigste(n) Plan, der jemals gegen Armut und zugunsten des Planeten aufgestellt worden sei“⁴. Gerd Müller (CSU) sprach vom „Weltzukunftsvertrag“ und einer „Aufgabe aller Politikfelder“⁵. Die Oppositionsfraktionen im Bundestag standen hinter solchen Ansprüchen nicht zurück, mahnten aber, wenig überraschend, konsequentere Umsetzung an. Die Linke forderte in einem Antrag, die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie an die „Not-

wendigkeit einer globalen sozialökologischen Transformation“⁶ anzupassen. Die Grünen hatten in 17 Anträgen⁷ zu jedem einzelnen SDG ihre Vorstellungen zur deutschen Umsetzung vorgelegt. Also eigentlich alles gut gerichtet für einen Nachhaltigkeitswahlkampf 2017, in dem die 2030 Agenda „für jeden Einzelnen von uns“ konkret wird und „alle Politikfelder“ durchzieht – ein Wahlkampf, in dem über die besten Wege zu den 2030-Zielen gesprochen und gestritten wird?

Schwachstelle Parteien

Mitnichten, denn da sind ja noch die Parteien, die Schwachstelle der Nachhaltigkeitsarchitektur.⁸ Sie sollen nach Artikel 21 des Grundgesetzes an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken, erscheinen aber auffällig unberührt von der 2030 Agenda und bleiben spürbar hinter manchen Diskursen in Wirtschaft und Gesellschaft zurück. Die parteiengesetzlich vorgegebene Organisation nach Gebietsverbänden fördert die Orientierung an regionalen und persönlichen Interessen. Die einflussreichen Fachgruppen sind entlang klassischer Politikfelder und Ressorts strukturiert und oft das Einfallstor für sektorale und Branchenanliegen. In keiner Partei gibt es eine offizielle Fachgruppe, die für die 2030 Agenda politikfeldübergreifend verantwortlich, geschweige denn entsprechend wirksam wäre. Die Spitzenpolitiker, die sich auf Nachhaltigkeitskonferenzen, im Bundestag oder auf der internationalen Bühne zur Uni-

1 Dr. Angela Merkel: Rede bei der 17. Jahreskonferenz des Rates für nachhaltige Entwicklung, 29. Mai 2017, Berlin: <https://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2017/05/2017-05-29-rede-bk-nachhaltige-entwicklung.html>

2 Sigmar Gabriel: Rede bei der Konferenz des Auswärtigen Amtes - 40 Jahre Brandt-Kommission: <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2017/170831-BM-Brandt-Kommission.html?nn=721904>

3 Martin Schulz: Rede beim SPD-Parteitag, 25. Juni 2017: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Leitantrag_SPD_2017.pdf, S. 69–72

4 Dr. Barbara Hendricks: Rede auf der Jahrestagung des Rats für Nachhaltige Entwicklung, 29. Mai 2017: <http://www.bmub.bund.de/rede/rede-von-dr-barbara-hendricks-auf-der-jahrestagung-des-rats-fuer-nachhaltige-entwicklung-wissen-w/>

5 Dr. Gerd Müller: Rede des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zum 15. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung vor dem Deutschen Bundestag, 18. Mai 2017, Berlin: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2017/05/54-1-bmz-bericht.html>

6 Deutscher Bundestag Entschließungsantrag, Drucksache 18/11767, 28. März 2017, Berlin: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/117/1811767.pdf>

7 Deutscher Bundestag, Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss), Drucksache 18/12301, 10. Mai 2017: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/123/1812301.pdf>

8 Adolf Kloke-Lesch: Politische Parteien: Schwachstelle der Nachhaltigkeitsarchitektur, 29.05.17: https://www.die-gdi.de/uploads/media/Deutsches_Institut_fuer_Entwicklungspolitik_Kloke-Lesch_29.05.2017_01.pdf

versalität der 2030 Agenda bekennen, tun sich äußerst schwer, dies kraftvoll auch auf Par- teitagen und Marktplätzen zu tun. So war es denn auch kein Wunder, dass die ersten Wahl- programmwürfe die 2030 Agenda allenfalls als Referenzrahmen für Entwicklungspolitik und andere Außenbeziehungen erwähnten, nicht aber als übergreifendes Narrativ für Wirt- schafts- und Gesellschaftspolitik im eigenen Land begriffen. Angesichts der Pfadabhängig- keiten in den Parteien war das Kind damit fast schon in den Brunnen gefallen.

Ein bisschen ging dann aber doch noch. Ob nun Druck aus der Zivilgesellschaft, Einflüster- ungen aus den Ministerien oder innerpartei- liches Engagement ausschlaggebend waren, immerhin konnte der Stellenwert der 2030 Agenda in den Programmen insgesamt gese- hen etwas zulegen. Bündnis90/Die Grünen haben als einzige die 2030 Agenda program- matisch bereits in der Einleitung übergreifend für innere und äußere Politik verankert, bevor sie diese im internationalen Kapitel kon- kreter ansprechen.⁹ CDU/CSU platzieren die 2030 Agenda im Umwelt- und Klimakapitel („Nachhaltigkeit als Auftrag“) und erwähnen als einzige die Nationale Nachhaltigkeits- strategie, beides allerdings ohne weitere Fest- legungen.¹⁰ Die SPD greift die 2030 Agenda im internationalen Kapitel auf, fordert dort aber auch, dass „Deutschland alle Anstrengungen unternehmen (muss), um die Nachhaltig- keitsziele national bis 2030 zu erreichen“¹¹. Die Linke spricht die 2030 Agenda sowohl im internationalen als auch im wirtschaftspoli- tischen Kapitel an, fokussiert aber primär auf die „Verantwortung des Nordens“¹². Die FDP erwähnt die 2030 Agenda im internationalen Kapitel als Grundlage ihres Handelns in der

Entwicklungspolitik und fordert darauf bezo- gen einen „kohärenten Ansatz ... insbesondere zwischen Wirtschafts-, Außen- und Entwick- lungspolitik sowie in Abstimmung mit der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit“¹³. Bei der AfD findet sich keine Erwähnung der Agenda 2030.¹⁴ Damit liegen – unabhängig von der konkreten Platzierung in den Pro- grammen – bei allen Parteien außer der AfD grundsätzliche Aussagen zur 2030 Agenda als Richtschnur für innere und äußere Politiken vor. Auch wenn diese Aussagen eher allgemein oder unverbindlich bleiben, hierauf kann und sollte aufgebaut werden.

Wie wenig tiefgehend allerdings Verständnis und Berücksichtigung der 2030 Agenda sind, wird darin deutlich, dass insgesamt nur zwei- mal ein einzelnes 2030-Ziel explizit angespro- chen wird: Bei der SPD bei der Gleichstellung von Frauen und Mädchen (Ziel 5) in der Ent- wicklungszusammenarbeit und bei Bündnis90/ Die Grünen mit Blick auf die Bildungskette von der Kita bis zur Erwachsenenbildung (Ziel 3) in der deutschen Bildungspolitik. Womit natürlich nicht gesagt werden soll, die umfangreichen programmatischen Aussagen der Parteien hät- ten inhaltlich nichts mit den 2030-Zielen zu tun. Im Gegenteil, wie insbesondere im Bereich Klima deutlich wird. Hier bekennen sich alle Parteien außer der AfD zum Pariser Klimaab- kommen, der Zwillingschwester der Agenda 2030 mit ihrem Klima-Ziel 13. Dennoch: Die- selben Parteien, die als Partner der Großen Koalition die Neuauflage der Deutschen Nach- haltigkeitsstrategie entlang der 2030-Ziele strukturiert oder als Oppositionspartei zu jedem einzelnen Ziel einen Antrag in den Bundestag eingebracht haben, fanden für ihre Wahlpro- gramme keine vergleichbaren Wege.

Wie sollen die Ziele der 2030-Agenda und der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie erreicht werden, wenn sie nicht transparent auch zum Gegenstand von Wahlprogrammen und Debatten werden? Dies sollte vor allem

9 Bündnis 90/Die Grünen: Bundestagswahlprogramm 2017: [https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumen- te/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlpro- gramm_2017_barrierefrei.pdf](https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017_barrierefrei.pdf)

10 CDU/CSU: Regierungsprogramm 2017 – 2021: [https://www.cdu. de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogram m2017.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=9932](https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogram m2017.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=9932), S. 69.

11 SPD: Regierungsprogramm für Deutschland: [https://www.spd.de/ fileadmin/Dokumente/Regierungsprogramm/SPD_Regierungspro- gramm_BTW_2017_A5_RZ_WEB.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Regierungsprogramm/SPD_Regierungspro- gramm_BTW_2017_A5_RZ_WEB.pdf), S. 108–111.

12 Die Linke: Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2017: [https:// www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlpro- gramm2017/die_linke_wahlprogramm_2017.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlpro- gramm2017/die_linke_wahlprogramm_2017.pdf), ab S. 80.

13 FDP: Programm zur Bundestagswahl 2017: [https://www.fdp.de/si- tes/default/files/uploads/2017/08/07/ 20170807-wahlprogramm- wp-2017-v16.pdf](https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/08/07/20170807-wahlprogramm- wp-2017-v16.pdf), S. 112.

14 AfD: Wahlprogramm Bundestagswahl 2017: [https://www.afd. de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD- Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD- Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf)

für die Ziele gelten, bei denen die Nachhaltigkeitsstrategie selber oder unabhängige Indikatoren erhebliche Defizite festgestellt haben. Mit einer stärkeren 2030-Orientierung wären die Parteien im Übrigen bei genau den Themen, die nach einer Emnid-Umfrage¹⁵ mehr als die Hälfte der Deutschen als wichtig für ihre Stimmabgabe bezeichnen: Altersarmut (Ziel 1), Familien mit Kindern (insbes. Ziele 1 und 4), Kranken- und Pflegeversorgung (Ziel 3), gleiche Bildungschancen (Ziel 4), Arbeitslosigkeit (Ziel 8), gerechtere Wohlstandsverteilung (Ziel 10), bezahlbarer Wohnraum (Ziel 11), Umwelt- und Klimaschutz (insbes. Ziele 12, 13, 14 und 15), Kriminalität und Terrorismus (Ziel 16).

Auch Zivilgesellschaft und Verbände sind nicht konsequent

Aber nicht nur innerparteiliche Strukturen und zögerliches Führungsverhalten der Parteispitzen erschweren eine Verankerung der 2030 Agenda in den Parteien. Die Parteien reagieren natürlich auch auf ihr Umfeld, die Interessenverbände, die Stimmungslagen der sogenannten Öffentlichkeit und die Positionierungen der konkurrierenden Parteien. Und da müssen sich auch die Anwälte der 2030 Agenda selber fragen, ob sie in ihrer „Übersetzungsarbeit“ immer die richtige Sprache, die richtigen Adressaten und Wege wählen. Vor allem müssen sie erklären, worin der Mehrwert liegt, konkrete Anliegen in den Kontext der 2030 Agenda zu stellen. Zu oft bewegen sie sich in den Echoräumen ihrer eigenen *community*, zu der auch ihre Ansprechpartner in Ministerien, Verbänden und Wissenschaft gehören. Wenn sich in erster Linie Umwelt- und Entwicklungsverbände für die 2030 Agenda einsetzen, wird sie auch so wahrgenommen. *The messenger is the message* heißt es im Englischen, ein großes Dilemma für die aktivsten Anwälte der 2030 Agenda. Es ist deshalb richtig und wichtig, dass sich Umwelt- und Entwicklungsverbände inzwischen zusammen mit Sozial- und Verbraucherverbänden, mit Gewerkschaften

sowie Menschenrechts- und Friedensorganisationen für die Umsetzung der 2030 Agenda in Deutschland einsetzen und gemeinsam an die Politik herantreten.¹⁶ Schaut man aber bei den beteiligten Verbänden auf die jeweiligen eigenen Positionspapiere zur Wahl, finden sich nur bei VENRO (Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe¹⁷ und dem Deutschen Naturschutzring (DNR)¹⁸ Aussagen zur 2030 Agenda. Weder der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)¹⁹ noch der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV)²⁰ stellen ihre Positionen in einen Bezug zur 2030 Agenda. Gleiches gilt zum Beispiel auch für den Bundesjugendring²¹ oder die Diakonie²². Nicht anders sieht es bei der Wirtschaft aus: Im Rahmen von *econsense*, dem Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft, arbeiten über dreißig führende global agierende Unternehmen und Verbände für nachhaltige Entwicklung in der Wirtschaft und stellen ihre Arbeit explizit und deutlich in den Kontext der 2030 Agenda. Gleichzeitig erwähnt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), auf dessen Initiative *econsense* gegründet worden war, in seinen an den neuen Bundestag gerichteten Handlungsempfehlungen die 2030 Agenda mit keinem Wort.²³ Insgesamt also wenig überraschend, dass die Politiker nicht aufgehört haben.

15 EMNID im Auftrag der BILD am Sonntag, <https://wirtschaft.com/bildungschancen-sind-laut-umfrage-wichtigstes-thema/>

16 Vgl. z. B. Großbaustelle Nachhaltigkeit: <http://www.dgvm.de/meldung/grossbaustelle-nachhaltigkeit/>

17 Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO): Für Weltoffenheit, Solidarität und Gerechtigkeit! Positionspapier zur Bundestagswahl 2017. Themen: Agenda 2030, Klima, Migration, Entwicklungsfinanzierung, Shrinking Spaces, Humanitäre Hilfe: <http://venro.org/publikationen/?pubID=317#>

18 Deutscher Naturschutzring (DNR): Analyse Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017: https://www.dnr.de/fileadmin/Positionen/DNR-Analyse_Wahlprogramme_zur_BT-Wahl_2017.pdf

19 Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB): Anforderungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2017: https://www.dgb-bestellservice.de/besys_dgb/pdf/DGB09001.pdf

20 Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (DPWV): Bundestagswahl 2017 – Meinungen und Positionen: <http://www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/bundestagswahl-2017/unsere-forderungen/>

21 Deutscher Bundesjugendring (DBJR): <https://www.dbjr.de/>

22 Diakonie: <https://www.diakonie.de/>

23 Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI): 10 Kernbotschaften zum Wahljahr 2017: <http://bdi.eu/#publikation/news/10-kernbotschaften-zum-wahljahr-2017/>

Worauf es jetzt ankommt

In der neuen **Legislaturperiode bis 2021** stehen wichtige Weichenstellungen für nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz an. Für 2018 ist eine erste Anpassung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, 2020 der nächste Fortschrittsbericht vorgesehen. 2019 überprüft ein VN-Gipfeltreffen die weltweite Umsetzung der 2030 Agenda. Bis 2020 ist der Klimaschutzplan der Bundesregierung mit neuen Beiträgen zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens fortzuschreiben. Die Europawahl 2019 bietet eine Chance, die europäische Umsetzung von 2030 Agenda und Klimaabkommen stärker als bisher vorzutreiben, auch unter der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020. Diese Aufgaben der nächsten vier Jahre können nur dann erfolgreich bewältigt werden, wenn am „Gemeinschaftswerk Nachhaltige Entwicklung“²⁴ alle Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, aus Wissenschaft, Kunst und Kultur aktiv mitwirken.

Die neue **Bundesregierung** sollte sich zunächst über den **Koalitionsvertrag** und dann in der Regierungserklärung verpflichten, die 2030 Agenda und das Erreichen ihrer 17 Ziele in den Mittelpunkt aller ihrer inneren und äußeren Politiken zu stellen und die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie entsprechend anspruchsvoll weiterzuentwickeln. Zu diesem Zweck könnte sie zum Beispiel alle von berufenen Sachverständigenräte und Beiräte auffordern, sich mit ihren Empfehlungen an der 2030 Agenda auszurichten.

Im **Deutschen Bundestag** sollte der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung dauerhaft in der Geschäftsordnung des Bundestages verankert werden. Sinnvoll wäre auch, wenn die Fraktionen jeweils eine/n ihrer Stellvertretenden Vorsitzenden als Beauftragte für die 2030 Agenda und die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie benennen. Auch sollte die Nachhaltigkeitsstrategie selber regelmäßiger Gegenstand von Beschlussfassungen des Deutschen Bundestages werden.

Die **Parteien** müssen ihr Verhältnis zur 2030 Agenda umfassend überprüfen und herausarbeiten, mit welchen Mitteln und Wegen sie im Rahmen ihrer jeweiligen gesellschaftspolitischen Konzepte die 2030-Ziele erreichen wollen. So könnten zum Beispiel die Wahlprogramme zur Europawahl 2019 genutzt werden, die Umsetzung der 2030 Agenda als ein Bürgerprojekt der Erneuerung der Europäischen Union zu entwickeln. In den Organisationsstrukturen der Parteien sollte ein/e hochrangige/r Verantwortliche/r mit der Aufgabe der querschnittsmäßigen Verankerung der 2030 Agenda in der gesamten Parteiarbeit zu betraut werden.

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Wirtschaftsverbände dürfen sich mit der 2030 Agenda nicht nur unter ihren jeweiligen fachlichen Aspekten befassen, sondern müssen die Agenda auch als übergreifendes Narrativ ihrer gesamten Arbeit verstehen und durch ihre Spitzenvertreter/innen öffentlichkeitswirksam darstellen. Die jeweiligen Einzelanliegen gewinnen, wenn sie in den Kontext der breiteren 2030 Agenda gestellt werden. Und sie hängen davon ab, dass die 2030-Ziele insgesamt erfolgreich sind. Warum können es Wirtschaftsverbände wie der BDI nicht den vielen DAX-Unternehmen gleichtun, die die 2030-Ziele prominent auf ihren Internetseiten platzieren. Allianzen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Wirtschaftsverbänden könnten helfen, selbstgefällige Milieus zu verlassen und in transformative Realpolitik einzusteigen. Dabei sollten die Parteien auch zwischen den Wahlkämpfen systematisch angesprochen werden.

Die **Nachhaltigkeitswissenschaft** darf Parteien und Verbände nicht länger als Gegenstand ihrer Forschung vernachlässigen, sondern muss deren Rolle in der Nachhaltigkeitspolitik zum Gegenstand politikwissenschaftlicher Analysen und Empfehlungen machen. Dabei kann es dann nicht nur um richtige oder falsche Politiken gehen. Wenn man verstehen will, warum das als richtig Erkannte noch lange nicht zu Politik wird, müssen das politische System und seine Prozesse sowie die politische Klasse selber in den Mittelpunkt von Forschung und Politikberatung rücken.

²⁴ Deutsche Bundesregierung: Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016: https://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/Bestellservice/Deutsche_Nachhaltigkeitsstrategie_Neuaufgabe_2016.html

2030 als Zauberformel der Politik?

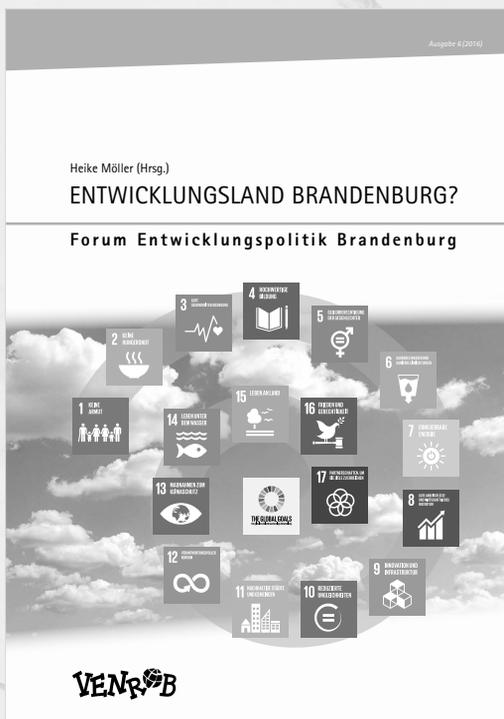
Im Wahlkampf haben sowohl der SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz als auch der FDP-Vorsitzende Christian Lindner gelegentlich mit dem Begriff Agenda 2030 als magischer Formel für ihre Wahlprogramme gespielt. Man kann Zweifel haben, dass sie dabei die universelle **2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung** gleich mitgedacht hatten. Aber genau das ist nun nötig.²⁵ Vielleicht kann nach dem wenig anspruchsvollen 2017er Wahlkampf der Begriff 2030 doch noch zur Zauberformel deutscher Politik werden – für eine umfassende Transformation, in der die nachhaltige Zukunft Deutschlands, Europas und des Planeten Erde zusammengedacht werden.



25 Prof. Dr. Joachim Fetzer: „Agenda 2030“ - ein doppeltes Lottchen?, Forum Wirtschaftsethik: https://forum-wirtschaftsethik.de/agenda-2030-ein-doppeltes-lottchen/?upm_export=pdf, 16. Juni 2017

Adolf Kloke-Lesch

*Geschäftsführender Direktor des
Sustainable Development Solutions
Network Germany (SDSN Germany)*



Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 6 (2016) **Entwicklungsland Brandenburg?**

Es ist das Primat der Politik, gesetzliche und steuerliche Vorgaben zu machen und ressortübergreifend ökologische Rahmenbedingungen zu setzen – zwingende Voraussetzungen für nachhaltiges Wirtschaften. Selbst wenn die Einsicht dazu Raum greift, weichen oftmals zu lange Übergangsfristen, schwammige Formulierungen oder Kompetenzgerangel die guten Absichten auf. So wird es auch spannend, wie die 17 Oberziele der Sustainable Development Goals (SDG) mit ihren 169 Unterzielen Eingang in zukünftige Politiken finden werden.

info@venrob.org | www.welttrends.de

Das Nachhaltigkeitsmanagement der Evangelischen Landeskirche

Die „Bewahrung der Schöpfung“ gehört zu den Kernanliegen der Kirchen. Schon früh haben sie sich in die gesellschaftliche Debatte eingeschaltet und sich für den Schutz von Natur, Atmosphäre und natürlichen Ressourcen eingesetzt. Die rege kirchliche Beteiligung in der Anti-Atomkraftbewegung ist dafür ein gutes Beispiel. Dabei kam das Thema eher als Forderung an Politik und Wirtschaft in den Blick. Als eigene Aufgabe werden Umwelt- und Klimaschutz aber erst nach und nach wahrgenommen. Darin unterscheiden sich die Kirchen nicht wesentlich von anderen gesellschaftlichen Akteuren.

Die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) der Vereinten Nationen führen vor Augen, dass unser Wirtschaften insgesamt einer tiefgreifenden Transformation bedarf, um innerhalb der planetaren Grenzen zu bleiben und künftigen Generationen gute Lebensbedingungen zu hinterlassen. Diese Transformation muss alle Lebensbereiche erfassen, kann also nicht an einzelne Akteure delegiert werden.

Die Kirchen haben aufgrund ihrer vielfältigen Handlungsfelder – von der Kirchengemeinde über Kitas, Schulen, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser etc. – einen erheblichen Anteil am Wirtschaftsleben. In Deutschland gelten sie mit ihren Einrichtungen und Werken als zweitgrößter Arbeitgeber nach der öffentlichen Hand. Auch im Bereich Land- und Forstbesitz rangieren sie mit ca. 325.000 ha im oberen Bereich. Nun sind kirchliche Arbeitsbereiche zwar weniger energieintensiv als die der Industrie, haben aber gleichwohl einen beachtlichen Anteil an Ressourcenverbrauch, Emissionsausstoß etc.

Ziel kirchlichen Handelns ist es deshalb, die für Deutschland vorgegebenen Zielwerte, insbesondere im Bereich der CO₂-Reduzierung, auch im eigenen Raum zu erreichen. Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) hat ein Umweltkonzept vorlegt, das auch einen Klimaschutzplan umfasst. Während auch andere Landeskirchen inzwischen Klimaschutzpläne aufgelegt haben,

nimmt die EKBO mit dem integrierten Ansatz eines Umweltkonzepts bundesweit eine Vorreiterrolle ein.

Das Hauptdokument* umfasst gut 200 Seiten. Es gibt aber auch eine „benutzerfreundliche“ Kurzfassung für Menschen in den Gemeinden und Werken, die mit einem Zehntel der Länge auskommt. Sie gibt einen prägnanten Einstieg, wie nachhaltiges Handeln in kirchlichen Institutionen und bei kirchlichen Veranstaltungen möglich ist. Näher erläutert wird das anhand der Themenbereiche öko-faire Beschaffung, Energieerzeugung, Mobilität, Land- und Forstwirtschaft und Biodiversität. Das Heft umfasst sowohl Ansätze zur Aus-, Fort- und Weiterbildung haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitender wie zur konkreten Umsetzung.

Im Detail ist das natürlich vielfach eine trockene Lektüre. So heißt es etwa zum Immobilienbereich, also jenem Feld, in dem für die meisten Gemeinden und Einrichtungen der größte Investitionsbedarf besteht, um die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen:

„Als mögliche Maßnahmen werden der Anlagencheck/Heizungseinstellung in Gebäuden, die Bedarfsermittlung und Sanierung von obersten Geschossdecken und ungedämmten Leitungen, der Austausch von Heizungs- und Umwälzpumpen und die Erstellung von Immobilien- und Gebäudenutzungskonzepten vorgeschlagen. Nicht zuletzt ist es notwendig, ein Energie- und Umweltmanagement in Kirchengemeinden und landeskirchlichen Einrichtungen einzuführen, um die jeweilige Datengrundlage (z. B. Heizenergie- und Stromverbrauchserfassung) zu verbessern. Diese Maßnahmen sind unterteilt in kurz-, mittel- und langfristige Ziele, Einsparpotenziale und Kosten.“

Entsprechend schwierig ist es, Mitarbeitende zu gewinnen, sich dieser Aufgabe anzunehmen. Im Vergleich zum Engagement in der Jugendarbeit, Besuchskreisen oder der Begleitung von Geflüchteten ist vieles technisch und abstrakt.

* Alle relevanten Materialien finden Sie unter: <https://www.ekbo.de/wir/umwelt-klimaschutz/download-bereich.html>.

Zudem erfordert es eine erhebliche Prioritätenverschiebung innerhalb der gemeindlichen Haushalte, die erst einmal zu Lasten anderer Arbeitsfelder gehen.

Hier liegt auch eine der Hauptschwierigkeiten der Umsetzung. Die evangelische Kirche und ihre Organisationen sind dezentral „von unten nach oben“ organisiert. Es gibt kaum Durchgriffsmöglichkeiten der landeskirchlichen Ebene oder der Dachverbände. Zwar kann die Landeskirche finanzielle Anreize setzen, aber schon der Umkehrschluss – Förderungen dort zu kürzen, wo Nachhaltigkeit nicht ausreichend berücksichtigt wird – ist extrem unpopulär. So muss letztlich jede Kirchengemeinde, jede diakonische Einrichtung, jede Schule selbst entscheiden, an der Umsetzung der Umwelt- und Klimaziele mitzuwirken.

Erst langsam entwickeln sich dabei Bewusstsein und Verständnis für die Grundlagen der neuen Ökonomie. Das liegt auch an den Rahmenbedingungen, weil sich weder künftige Einsparungen für den Fall der Umstellung noch künftige Kosten für den Fall des business-as-usual in Haushaltsplänen abbilden lassen. Während es zwar unmittelbar einleuchtet, dass sekundäre Umweltkosten letztlich zu Lasten der Gesellschaft irgendwo eingepreist werden müssen, können prognostiziert steigende Steuern, Abgaben und Verbrauchskosten im aktuellen Haushalt nicht eingestellt werden; die Investitionskosten für Nachhaltigkeitsmanagement hingegen schon.

Zudem fehlt es – nicht zuletzt aufgrund der starken Dezentralisierung – nicht nur an Durchsetzungs-, sondern auch an Kontrollmöglichkeiten. So sind kirchliche Flächen in der Regel zur landwirtschaftlichen Nutzung an Dritte verpachtet. Zwar gibt es in den Musterpachtverträgen zahlreiche Verbotsklauseln, die dem Boden- und Wasserschutz dienen sollen, aber da die Verpachtung durch die einzelnen Gemeindekirchenräte erfolgt, gibt es kein flächendeckendes System, das mittels geeigneter Proben die Einhaltung der Pachtbedingungen überprüft.

Außerdem gibt es gerade im Bereich der Verpachtung Zielkonflikte zwischen Ökonomie und Ökologie. Die Pachteinnahmen sind eine der stabilsten Finanzierungsquellen gemeindlicher Arbeit. Insofern haben die Gemeindekir-

chenräte ein großes Interesse an hohen Erträgen. In Zeiten schnell steigender Bodenpreise sind es daher eher die Agrar-Riesen als die Öko-Bauern, die bei Neuausschreibungen die höchsten Pachten bieten. Auch hier gilt dann, dass eine bodenschonende Landwirtschaft zwar in langfristiger Perspektive stabilere Erträge garantiert, indem sie die Auslaugung der Böden und Kontaminierung der Oberflächengewässer und des Grundwassers vermeidet, aber aktuell zu Mindereinnahmen führen kann.

Die Verantwortlichen in Gemeinde und Kirchenverwaltung sind dabei in der Regel noch nicht weiter als die Gesamtgesellschaft, wenn es um eine langfristige Neuausrichtung des Wirtschaftens geht. Es ist Aufgabe der kirchlichen Bildungsarbeit, das Bewusstsein für Nachhaltigkeit als Projekt auch der Generationengerechtigkeit und der guten Verwaltung der Schöpfung zu stärken.

Insofern ist es nicht damit getan, die richtigen Ziele auszugeben und zu vereinbaren. Es bedarf umfangreicher Restrukturierungen, um eine effiziente Umsetzung zu gewährleisten. Weil die Kirche nicht nur aus einer Vielzahl an Einzelakteuren besteht, sondern dabei auch noch teils behördliche, teils vereins-, teils unternehmensförmige Strukturen und entsprechende operationale Prozesse aufweist, ist die Analyse der optimalen Umsetzung solcher Vereinbarungen auf allen Ebenen extrem aufwändig.

Ein wenig kommt – quasi als glücklicher Zufall – derzeit ein Umstand zu Hilfe: Die Umstellung der kameralistischen auf die betriebswirtschaftliche doppelte Buchführung. Dadurch werden erstmals etwa auch alle Immobilienbestände erfasst und bewertet. Noch ist die Kirche aber weit entfernt davon, etwa ein Gesamtregister ihrer Gebäudebestände zu haben oder gar deren Energieverbrauch beziffern zu können. Gleiches gilt für den Fuhrpark etc. Die Werte, die dem Klimaschutzplan zu Grunde liegen, sind daher einstweilen nur Hochrechnungen auf Grundlage von Stichprobenerhebungen in einzelnen Musterregionen in Stadt und Land.

Schon hier zeigt sich, dass es etwa hinsichtlich der Klimaziele mit den bislang geplanten Maßnahmen nicht möglich sein wird, das 2-Grad-Ziel auch innerkirchlich zu erreichen.

Das wirft zweierlei Fragen auf: Zum einen intern die, welche zusätzlichen Anstrengungen möglich sind. Zum anderen aber extern, wie das Ziel gesamtgesellschaftlich überhaupt erreichbar sein kann. Denn die Kirche hat immerhin ein eigenes Klimakonzept vorgelegt und begonnen, es zu operationalisieren. In vielen Bereichen agiert sie dabei freiwillig und über das gesetzlich Geforderte hinausgehend. Trotz ihrer hohen organisatorischen Komplexität kann die Landeskirche dabei zumindest eine impulsgebende und koordinierende Funktion wahrnehmen. Sie verfügt über ein Umweltbüro für die nationale und einen Entwicklungsdienst für die internationale Dimension von Nachhaltigkeit. Sie schafft Stellen für Umweltmanager und stellt damit kompetente Beratung auch in der Fläche sicher.

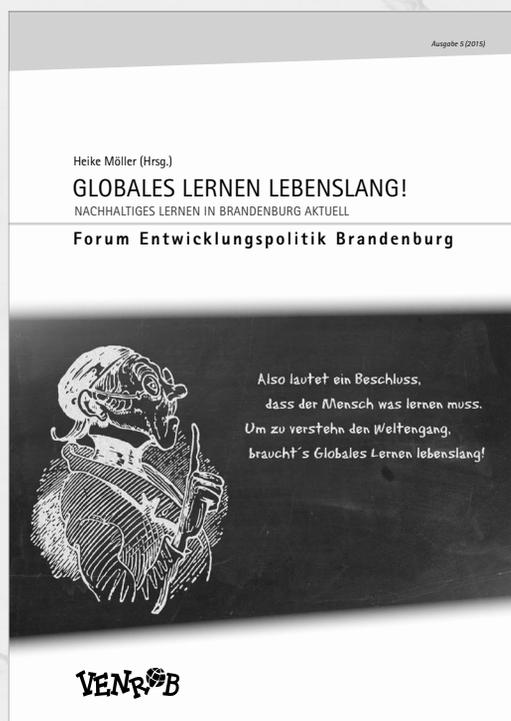
Wie aber sieht es in anderen gesellschaftlichen Bereichen aus, die ebenso in die umweltrelevanten Stoff- und Energiekreisläufe, aber nicht in ähnliche Verbundstrukturen eingebunden sind und vielfach noch nicht begonnen haben, sich auf eine tiefgreifende ökonomische Transformation einzustellen?

Eine der Aufgaben der Kirchen liegt hier neben vorbildlichem Handeln nach innen sicher auch in Beiträgen zum gesellschaftlichen und politischen Diskurs. Beides ist nicht voneinander zu trennen – nur dort, wo die Kirche zeigt, dass Transformation auch für große und komplexe Organisationen möglich ist, kann sie überzeugend auch öffentlich für eine solche Transformation eintreten.



Dr. Patrick Schnabel

Beauftragter des Kirchlichen Entwicklungsdienstes der EKBO



Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 5 (2015) **Globales Lernen lebenslang!**

Was haben urbane Ballungsräume und ländliche Lebensräume gemeinsam? Zentrale Orte, an denen Menschen zusammenkommen, um zu lernen. Gerade weil unsere Gesellschaft so fragmentiert ist, bedürfen diese Orte des Lernens sowie die Lehrenden einer viel größeren Wertschätzung, angefangen von der Kita bis zur Seniorenuniversität. Globales Lernen lehren und lernen findet an diesen Orten statt – eine zeitgemäße Interpretation des humboldtschen Bildungsideals.

info@venrob.org | www.welttrends.de

„Volle Kraft voraus“

Strategie zur Qualitätsentwicklung der ‚Bildung für Nachhaltige Entwicklung‘ (BNE) im Sinne der Agenda 2030

Jeder Veränderungsprozess beginnt mit neuen Gedanken und einem Impuls, der zu diesen neuen Gedanken führt. Das kann das Beobachten von Segelbooten auf dem Meer, das Lesen eines historischen Romans oder auch ein gutes Gespräch mit einem begeisterten Landwirt sein. Damit die neuen Gedanken nicht schon nach kurzer Zeit wieder verfliegen, braucht es eine Vielzahl solcher Impulse, die dem eigenen Denken und letztlich dem Handeln eine neue Richtung geben.

Auch wenn wir an die „Transformation unserer Welt“ im Sinne der Agenda 2030 denken, so geht es auch hier darum, Denken und Handeln durch entsprechende Impulse zu verändern. Durch die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) ist bereits klar vorgegeben, wohin das veränderte Denken und vor allem Handeln führen soll. Doch die große Frage ist, wie diese Ziele erreicht werden können? Klammert man bei der Suche nach passenden Antworten restriktive Ansätze aus, dann ist „Bildung“, die gezielt eine nachhaltige Entwicklung fördert, die Erfolg versprechende Antwort!

Die Brandenburger Arbeitsgemeinschaft BNE (AG BNE) widmet sich daher seit vielen Jahren der Etablierung von BNE als zentrales Instrument zur Förderung von nachhaltiger Entwicklung im Land Brandenburg. In ihr ist eine große Bandbreite von BNE-Akteuren vertreten, die durch ihre unterschiedlichen Perspektiven einen guten Überblick über aktuelle Entwicklungen und die Bedürfnisse der verschiedenen Bildungsakteure haben. Mit vertreten sind beispielsweise Verbände wie der VENROB e.V., die ANU Brandenburg e.V., die BUNDjugend und die LAG politisch kulturelle Bildung e.V. Aber auch einzelne Bildungsanbieter, wie die HNE Eberswalde, das Umweltbildungszentrum Drei Eichen und die SPREEAKADEMIE wirken in der AG mit.

Zu den zentralen Aufgaben der AG zählen vor allem die Vernetzung der Akteure, das Vertreten der Interessen der BNE-Akteure gegenüber der Politik aber auch das Initiieren eigener

Projekte zur Qualitätsentwicklung in der BNE. Diese Aufgaben haben bereits von Anfang an die Arbeit der AG bestimmt. Mit dem Verabschieden der Agenda 2030 haben diese jedoch nochmals an Bedeutung gewonnen. So ist es unter allen Mitwirkenden der AG Konsens, dass das Erreichen der 17 Nachhaltigkeitsziele auch im Land Brandenburg ein sehr ambitioniertes Unterfangen ist.

Blickt man beispielsweise auf das Nachhaltigkeitsziel 7, das eine nachhaltige und moderne Energie für alle fordert, ist die aktuelle Überarbeitung der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg ein fataler Rückschritt. Statt der bisher geplanten Reduzierung der CO₂-Emissionen um 72 Prozent wird jetzt nur noch ein Minus von 55 bis 62 Prozent bis 2030 angestrebt. So will er offensichtlich der Braunkohleverstromung „noch etwas mehr Luft verschaffen“, ignoriert damit aber nicht nur das siebte sondern auch das dreizehnte Nachhaltigkeitsziel der Agenda 2030, das eine Bekämpfung des Klimawandels fordert.

Umso bedeutsamer ist daher die Arbeit der BNE-AG, die durch eine gezielte Qualitätsentwicklung in der BNE mehr Bürgerinnen und Bürger im Land Brandenburg für die Zielstellungen der Agenda 2030 sensibilisieren und zu nachhaltigem Handeln motivieren will. Dazu gehört auch, Einfluss auf die politische Willensbildung in der Bevölkerung zu nehmen und jeden Einzelnen darin zu bestärken, sich in demokratische Entscheidungsprozesse einzubringen.

Damit die im Land Brandenburg tätigen BNE-Akteure diesem wachsenden Anspruch gerecht werden können, verfolgt die AG BNE im Bereich der Qualitätsentwicklung folgende drei strategische Ziele:

1. Landesweite Etablierung von BNE-Qualitätskriterien
2. Förderung bedarfsgerechter Qualifizierungsangebote für BNE-Akteure
3. Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung von BNE.

1. Landesweite Etablierung von BNE-Qualitätskriterien

Damit sich BNE-Akteure und ihre Angebote entsprechend den neuen Herausforderungen weiterentwickeln können, sind Qualitätskriterien eine wichtige Grundlage. Die BNE-AG setzt sich daher seit mehreren Jahren für das Etablieren landesweiter Qualitätskriterien ein. So wurde im Jahr 2016 ein Projekt durchgeführt, in dem die von der Landesregierung erarbeiteten Kriterien mit einer Vielzahl von Akteuren abgestimmt und wertvolle Anregungen für deren Finalisierung aufgegriffen werden konnten. Auch in Zukunft wird sich die AG für die Einführung der Qualitätskriterien in der Praxis der Akteure einsetzen und sich in den fortlaufenden Prozess der Überarbeitung einbringen.

2. Förderung bedarfsgerechter Qualifizierungsangebote für BNE-Akteure

Da die Wirksamkeit von Bildung wesentlich von der Qualität des konkreten Angebots bzw. der AnbieterInnen abhängig ist, sieht die AG BNE einen fortwährenden Bedarf in den Bereichen Weiterbildung und Qualifizierung. Daher hat die AG als erste konkrete Maßnahme seit ihrer Gründung im Jahr 2009 eine eigene Qualifizierungsreihe entwickelt. Diese wurde zwischen 2012 und 2014 unter dem Dach der HNE Eberswalde erfolgreich erprobt und wird seither regelmäßig durchgeführt.

Da sich im Laufe der Zeit sowohl Anforderungen an die Akteure sowie deren Bedürfnisse ändern, gilt es, vorhandene Angebote im Land Brandenburg kontinuierlich weiterzuentwickeln und bei Bedarf neue Formate zu entwickeln. Mit Blick auf die Agenda 2030 führt die AG daher unter dem Dach der ANU Brandenburg derzeit ein Projekt zur strategischen Weiterentwicklung der Qualifizierungsangebote durch. Mitte 2018 soll eine detaillierte Strategie vorliegen, in welchen Bereichen

Qualifizierungsangebote gefördert werden müssen, um im Sinne der Agenda 2030 eine optimale Wirksamkeit zu erreichen.

3. Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung von BNE

Damit BNE in der Öffentlichkeit nicht mehr nur als Nische im Bildungsbereich, sondern als Querschnittsaufgabe aller Bildungsakteure ernst genommen wird, ist für die BNE-AG eine bessere öffentliche Wahrnehmung der BNE-Landschaft im Land Brandenburg ein wichtiges strategisches Ziel. Das bedeutet, dass im ersten Schritt die Qualität der Bildungsangebote verbessert und die Arbeit der BNE-Akteure professionalisiert werden muss (siehe Ziel 1 und 2). Das bedeutet aber auch, dass die konkreten Angebote ansprechend vermarktet, sprich den heutigen Ansprüchen an Werbung und Marketing entsprechen müssen.

Um dieses strategische Ziel künftig sinnvoll operationalisieren zu können, hat die BNE-AG in diesem Jahr ebenfalls ein Projekt gestartet, das das konkrete Ausarbeiten einer detaillierten Handlungsstrategie in diesem Bereich zum Ziel hat. Dazu werden im Winterhalbjahr 2017/2018 mehrere Veranstaltungen durchgeführt, bei denen Anforderungen und Bedürfnisse im Bereich der öffentlichen Wahrnehmung von BNE analysiert werden. Im Ergebnis soll auch hier Mitte 2018 ein Strategiepapier vorliegen, das für die kommenden Jahre eine solide Handlungsgrundlage zur künftigen Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung von BNE im Land Brandenburg bietet.

Bereits im gemeinsamen Erarbeiten der zuvor genannten Strategieziele sieht die BNE-AG einen ersten sinnvollen Schritt zum Erreichen der 17 Nachhaltigkeitsziele. Denn erst wenn die Impulse, die gesetzt werden sollen, auch alle aus der gleichen Richtung kommen, erzeugen sie einen starken Vortrieb in die richtige Richtung. In diesem Sinne: „Volle Kraft voraus! Auf zu neuen Welten!“



Sebastian Zoopp,
Geschäftsführer Spreeakademie

Fachübergreifende und fächerverbindende Kompetenzentwicklung an Schulen zu Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE)

Seit Beginn des neuen Schuljahres 2017/2018 ist der neue Rahmenlehrplan für die Jahrgangsstufen 1–10 für Berlin und Brandenburg in Kraft. In diesem sind 13 übergreifende Themen beschrieben, darunter auch nachhaltige Entwicklung und Lernen in globalen Zusammenhängen. Hierbei geht es um den Kompetenzerwerb der Schülerinnen und Schüler auf diesem Gebiet. Im Kern sollen die Schülerinnen und Schüler erkennen, so zu handeln, dass heute und künftig lebende Generationen die Wahlmöglichkeit zur Gestaltung ihres Lebens erhalten. Die im Rahmenlehrplan dargestellten Themen und Inhalte in den Fächern berücksichtigen die Systematik des jeweiligen Faches und die fachübergreifenden Anforderungen und sind somit eine wesentliche Grundlage für die Kompetenzentwicklung der Kinder und Jugendlichen. Dabei bietet der Rahmenlehrplan Orientierung und Raum für die Gestaltung schulinterner Curricula. In den schulinternen Curricula werden fachbezogene, fachübergreifende und fächerverbindende Entwicklungsschwerpunkte sowie profilbildende Maßnahmen festgelegt. Die Vorbereitung und Durchführung von fachübergreifenden und fächerverbindenden Unterrichtsvorhaben und Projekten ermöglichen es allen Beteiligten, Inhalte und Themenfelder in einen größeren Zusammenhang einzuordnen und Bezüge zu ihrem engeren und weiteren Lebensumfeld herzustellen.

Zu den wichtigsten politischen Aufgaben des 21. Jahrhunderts gehört als Antwort auf die Herausforderungen des globalen Wandels die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist eine wichtige Strategie zur Verankerung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung, auf das sich Deutschland vor mehr als 20 Jahren verpflichtet hat. An diesem Leitbild orientieren sich die Schülerinnen und Schüler, in dem sie aktiv und verantwortungsbewusst lernen, gemeinsam mit anderen an nachhaltigen Entwicklungsprozessen lokal und global teil-

zuhaben und Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist eine inhaltliche und institutionelle Querschnittsaufgabe und zielt darauf ab, bereits die Schülerinnen und Schüler dazu zu befähigen, nicht nachhaltige und nachhaltige Entwicklungstendenzen in einer zunehmend globalisierten Welt zu erkennen, zu analysieren und zu bewerten. Hierbei wenden sie Gestaltungs- und Handlungskompetenzen an, die die Nutzung natürlicher Ressourcen langfristig erhalten, das Handeln zum Wohl aller ermöglichen und die das Zusammenleben der Menschen auf der Erde sozial gerecht gestalten. Der Umgang mit Vielfalt wird gefördert, die Bereitschaft und Fähigkeit zum Perspektivenwechsel erfordert. Die Kontext- bzw. Lebensweltorientierung ist dabei eine weitere didaktische Leitlinie. Dieser Ansatz verbindet das übergreifende Thema mit den didaktischen Konzepten des Fachunterrichts.

In allen Fächern bieten sich grundsätzlich vielfältige und passende Lerngelegenheiten. Dabei weisen einzelne Bereiche, z.B. Gesellschaft, Umwelt, Politik und Wissenschaft, eine besondere Affinität zu bestimmten Fächern auf. Eine Bildung für nachhaltige Entwicklung bzw. ein Lernen in globalen Zusammenhängen gelingt besonders gut in der Kooperation mit außerschulischen Partnern und der Einbeziehung von außerschulischen Lernorten, z.B. entwicklungspolitischen Bildungseinrichtungen, Naturerlebniseinrichtungen oder ökologischen Landbaubetriebe.

Im Jahr 2015 fiel der Startschuss für das UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung. Ziel des fünfjährigen Programms (2015–2019) ist es, langfristig eine systemische Veränderung des Bildungssystems zu bewirken und BNE vom Projekt in die Struktur zu bringen. Es leistet einen wesentlichen Beitrag zur Agenda 2030, die von den Vereinten Nationen im September 2015 verabschiedet wurde und 17 Ziele nachhaltiger Entwicklung

– die Sustainable Development Goals (SDGs) – umfasst. Neben der Integration nachhaltiger Entwicklung in die Bildung soll auch Bildung in die nachhaltige Entwicklung und somit eine Neuorientierung von Bildung und Lernen stattfinden und zugleich eine Stärkung der Rolle von Bildung erfolgen.

Daraus resultierend wurde der Aktionsrahmen zur Bildungsagenda 2030 verabschiedet. Und auch mit der Verabschiedung des Nationalen Aktionsplans „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ am 20. Juni 2017 wurde ebenfalls nochmal die strukturelle Verankerung von BNE u.a. in Schulen festgeschrieben.

Im Rahmen der BNE ist die Verknüpfung mehrerer Handlungsfelder notwendig. In Schule geschieht dies über die Einbindung unterrichtsspezifischer Inhalte, fachübergreifende Projekte, die Verantwortung der Schulleitung bis hin zur Einbeziehung der Eltern. Eine weitere Einbindung erfolgt durch die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern wie Fachexperten, Institutionen, Unternehmen oder NGOs. Damit eine nachhaltige Entwicklung

kontinuierlich und netzwerkübergreifend stattfinden kann, sind Schulen auf außerschulische Kooperationspartner angewiesen.

Die Schulen sind mit der Umsetzung des neuen Rahmenlehrplans vor neue Herausforderungen gestellt. Dabei wird in einzelnen Fächern im Rahmenlehrplan der Länder Berlin und Brandenburg für die Jahrgangsstufen 1–10 Bildung für nachhaltige Entwicklung nicht per se angesprochen bzw. darauf textlich hingewiesen; jedoch ist der Bezug und das Bewusstsein zu BNE (z.B. in den Fächern Biologie, Gesellschaftswissenschaften 5/6) erkennbar. In vielen anderen Fächern ist der Bezug zur BNE für die Schulen klar niedergeschrieben (z.B. in den Fächern Geografie, Naturwissenschaften 7–10).

Fazit ist, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung gut im neuen Rahmenlehrplan verortet ist und jetzt von den Schulen umgesetzt werden muss. Diese Aufgabe werden die Lehrerinnen und Lehrer fachübergreifend und fächerverbindend den Schülerinnen und Schülern lehren. Und damit ist man auf einem guten Weg!



Ramona Krautz

*Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
des Landes Brandenburg*



Nadine Düppe

LISUM Berlin-Brandenburg

„Jetzt! Jugendforum Zukunftsfähigkeit Brandenburg 2017“

Mitte Juli ging das Pilotprojekt von VENROB „Jetzt! Jugendforum Zukunftsfähigkeit Brandenburg 2017“ in Kooperation mit der Außenstelle Berlin-Brandenburg der Engagement Global gGmbH an den Start.

Der Aufbau dieses Jugendforums ist ein zivilgesellschaftlicher Beitrag zur Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung, der Nachhaltigkeitsstrategie und des Landesaktionsplanes BNE im Land Brandenburg. Gleichzeitig verleiht er der Forderung der Zivilgesellschaft Nachdruck, gerade der jungen Generation mehr Beteiligung und Berücksichtigung in politischen Prozessen einzuräumen. Im gemeinsamen Wirken der gesellschaftlichen Akteure gewinnt die Rolle der jungen Generation somit eine größere Bedeutung.

Vorangegangene Ansätze im Land Brandenburg zum Aufbau von Strukturen im Jugendbereich für die Beteiligung von

Jugendlichen an Nachhaltigkeitsprozessen gehen v. a. zurück auf Empfehlungen des (Wissenschaftlichen) Beirates für Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz der Legislaturperiode 2009–2014. Einem Jugendforum 2013 in Werneuchen folgte im April 2014 das zweite Jugendforum zur Nachhaltigkeit bei Ruhlsdorf. Landesweite ‚Jugendforen Nachhaltigkeit‘ als Veranstaltungsformat gab es seitdem nicht mehr.

VENROB und seine Mitglieder nahmen die seitdem wieder entstandene Lücke wahr. Sie wurden auch von Jugendlichen und jungen Menschen daraufhin angesprochen, dass für sie adäquate Beteiligungsformen im entwicklungspolitischen Feld fehlen. Aus diesem Grund startete VENROB das Vorhaben, um neben der „traditionellen“ Vereinsarbeit auch einen jugendgemäßen Ansatz für zivilgesellschaftliches Engagement bieten zu können.



Was ist das Jugendforum (JuFo)?

Das JuFo soll die Grundsteine für die Etablierung einer Plattform schaffen, in dem die Stimmen von Jugendlichen zu nachhaltigen und (entwicklungs-)politischen Themen gehört werden und sie aktiv an der Gestaltung Brandenburgs mitarbeiten können. Somit soll das JuFo ein langfristig wirksames Sprachrohr der jungen Generation sein, Diskussions- und Handlungsräume für die Auseinandersetzung mit selbstgewählten entwicklungspolitisch relevanten Fragen bzw. Nachhaltigkeitsthemen eröffnen und ein Ort der Vernetzung untereinander sein. VENROB möchte den jungen Erwachsenen das Angebot machen, sie sowohl fachlich kompetent zu unterstützen sowie organisatorisch zu begleiten.

Damit junge Menschen sich ihrer eigenen Interessen und Potenziale in puncto Zukunftsfähigkeit bewusstwerden und gemeinsam ihre Kräfte mobilisieren können, ist es wichtig, dass sie Gestaltungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Entwicklungen lernen und ausprobieren können. Das Jugendforum soll anstoßen, Gelegenheiten zu schaffen, Selbstorganisation und kooperatives Handeln in der Praxis der Nachhaltigkeit kennenzulernen und sich auf Themen und Formen der weiteren Arbeit zu verständigen.

Kurz und knapp: Das JuFo soll eine Plattform sein auf der sich junge Menschen zu entwicklungspolitischen und nachhaltigen Themen informieren, austauschen und selbst aktiv werden können. Ziel ist es aus dem JuFo heraus Projekte, Veranstaltungen und Aktionen zu nachhaltigen Themen zu entwickeln und eigenverantwortlich umzusetzen um die gewählten Themen in Brandenburg bekannt zu machen und der Forderung nach größerem entwicklungspolitischen und nachhaltigen Engagement in der Bevölkerung nachzukommen.

Am 21. September gab es mit 15 VertreterInnen der Jugendarbeit bereits ein Akteurs-Austausch-Treffen, um sicher zu gehen, dass sich das JuFo gut in die vorhandenen Strukturen integrieren kann und keine Parallelstrukturen entstehen.

Highlight der diesjährigen Aktivitäten soll eine große Tagung am 10. und 11. November mit ca. 60 jungen Menschen im Potsdamer "freiLand" werden. Ganz im Sinne der Partizipation soll dabei über Themen, Strukturen und Formen der weiteren Arbeit des JuFo diskutiert und entschieden werden.

www.jugendforum-brandenburg.de

Luisa Adlkofer



Melanie Nelkert



New Alliances – we're in this together

Cagintua e.V. und VENROB e.V. haben mit New Alliances erstmals und gemeinschaftlich ein global ausgerichtetes Vorhaben durchgeführt.

Das Projekt versteht sich als Brücke für die Vernetzung von Fachleuten insbesondere aus Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftlichen Bewegungen und Initiativen sowie regional-wirtschaftlichen Unternehmen und offiziellen Institutionen aus Ghana, Kamerun, Nigeria und Brandenburg, mit dem gemeinsamen Ziel der Förderung und Stärkung von kommunalen und ökonomischen Strukturen unter zentraler Berücksichtigung der Sustainable Development Goals.

Im Rahmen eines 5-tägigen Pilot-Fach-austauschs vom 11.-15. September 2017 in Potsdam – der New Alliances Convention – wurden komplexe Themenbereiche wie Demokratiegestaltung, die Entwicklung offener, diversitätsbewusster Gesellschaften wie auch die Förderung von entwicklungspolitischem

Engagement über länderübergreifende Kooperationen engagiert und handlungsorientiert erörtert.

Mit den Sustainable Development Goals, den ambitionierten UN-Zielen für Nachhaltige Entwicklung, steht der Weltgemeinschaft seit 2016 bekanntlich ein umfassender Orientierungs- und Handlungsrahmen zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund wurde im New Alliances Projekt besonders der unter dem SDG- Ziel 17 hervorgehobene Appell nach globalen Partnerschaften kritisch auf seine Anwendbarkeit geprüft und hinsichtlich seiner Möglichkeiten ausgelotet. Im Mittelpunkt stets: Wie können globale Partnerschaften konkret helfen, die einzelnen Ziele der Agenda 2030 umzusetzen? Eignen sich derartige Partnerschaftsprojekte tatsächlich, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und zu teilen? Und sofern ja: wie und in welchen Bereichen kann hier ein gemeinsames Vorgehen erfolgreich sein?



Ein zentraler Gegenstand der New Alliances Convention 2017 war das aktuelle Migrationsgeschehen. Dabei sollte das Verbindende zwischen den teilhabenden Regionen aus Ghana, Kamerun, Nigeria und Brandenburg identifiziert und beleuchtet werden: Der westafrikanische Raum als eine wesentliche von Migration und Flucht betroffene Region; das Land Brandenburg für viele Neuangekommene wiederum Ort der Ankunft und Unterbringung, aber zunehmend auch selbst mit den Folgen von Abwanderung konfrontiert.

Um die 2-tägige Konferenzveranstaltung am 12.-13. September 2017 als Herzstück der Convention gruppierten sich diverse Programmschwerpunkte, inklusive Workshops sowie Fieldtrips zu Einrichtungen der Arbeit mit Neuangekommenen/Geflüchteten und des zivilgesellschaftlichen entwicklungspolitischen Engagements in Potsdam-Babelsberg und in Bad Belzig.

In multiperspektivischen und handlungsorientierten Fachgesprächen zu Fluchtursachen, Migration, Demokratisierung, politischer und sozialer Transformation in Brandenburg galt es immer wieder, diese Themen mit aktuellen zivilgesellschaftlichen Prozessen in Ghana, Kamerun und Nigeria in Verbindung zu setzen.

Bestimmte Aspekte einer anhaltend restriktiven Visa-Vergabepaxis an einigen deutschen Auslandsvertretungen erschwerten allerdings die Reisemöglichkeiten mehrerer eingeladenen Fachleute und wirkten sich somit hinderlich auf die Schaffung neuer Allianzen und Kooperationen gerade mit den grassroots-nahen Initiativen aus, denen ja insbesondere beim Engagement für die Überwindung von Fluchtursachen eine Schlüsselrolle zukommt. Die spontane Bereitschaft einzelner aus diasporischen Kreisen in Deutschland, die Delegationen kurzfristig zu ergänzen bzw. zu verstärken, ist vor diesem Hintergrund besonders zu würdigen. Insgesamt waren folgende Organisationen als Verbündete der New Alliances repräsentiert: OMEGA Project Management Foundation und Klikgold Association (Accra, Ghana), das Ghanaforum Nordrhein-Westfalen und Ghana Union NRW für die Partnerschaft Ghana - NRW; Afrika in jungen Zeiten, Yaoundé, Kame-

run; Echo Kamerun e.V, Brandenburg; Verein Kamerunischer Ingenieure und Informatiker - VKII e.V.; Ndujkwu Enwena Nigeria- Europe e.V. und Netzwerk Migrantenorganisationen Brandenburg (NeMiB) e.V.

Zum Ablauf

Als Auftakt der New Alliances Convention trafen die Delegationen zu Wochenbeginn im Landtag in Potsdam mit Herrn Marco Büchel (MdL, Die Linke) zusammen, um sich über die Arbeit des Parlaments, politische Strukturen und Entscheidungsprozesse auf Landesebene zu informieren und Einblicke in die Aufgabebereiche des Vorsitzenden des Ausschusses für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz zu gewinnen. Hier war vor allem die Vergleichbarkeit der politischen Repräsentationsformen und die Entsprechung lokaler bzw. regionaler Volksvertretungen von beidseitigem Interesse.

Bei der anschließenden Zusammenkunft im Projekthaus Babelsberg als einem Ort für die praktische Umsetzung gesellschaftlicher Alternativen und selbstorganisierter zivilgesellschaftlicher Projektarbeit stellten sich zwei der dort ansässigen Initiativen vor: „Opferperspektive“ und „Women in Exile“ sowie die Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e.V. (BBAG). Diese berichteten von den Schwierigkeiten, mit denen Geflüchtete in Brandenburg täglich konfrontiert sind und zeichneten ein Bild, das die Teilnehmenden der Convention bis dato kaum kannten. Die so gewonnenen Eindrücke fanden in der Folge vielfach Eingang und Vertiefung. Sie waren immer wieder Gegenstand auf der New Alliances Konferenz selbst und auch bei den Überlegungen zur Situation von Geflüchteten in Brandenburg und den Diskussionen zu Fluchtursachen während der Begegnungen mit Betroffenen und Engagierten in Bad Belzig, die Benjamin Stahmer vom dortigen Infocafe „Der Winkel“ organisiert hatte.

Der mit der Industrie- und Handelskammer Potsdam durchgeführte Business Brunch mit Vertreter*innen der brandenburgischen Wirtschaft stellte die Herausforderungen, Chancen



und Möglichkeiten operativer Praktiken lokal ansässiger Unternehmen unter Einbezug der Sustainable Development Goals ins Zentrum der Diskussion. Begleitet und unterstützt wurde diese Begegnung von Herrn Jens Ullmann, dem Leiter der Abteilung Internationales der IHK Potsdam und Herrn Bert Wibel, EZ-Scout bei der IHK Potsdam. Herr Alexander Knipperts, EZ-Scout beim Bundesverband mittelständische Wirtschaft, und Frau Peggy Schulz vom Afrika-Verein der Deutschen Wirtschaft informierten über das Aktivitätenspektrum ihrer Organisationen und stellten begleitend Beispiele für die Umsetzung nachhaltiger Wirtschaftskooperationen vor. Herr David Afreh, Leiter der Omega Project Management Foundation aus Ghana, Herr Simplicie Ndaago von „Sell Now“ aus Kamerun sowie weitere Teilnehmende brachten ihrerseits Erwartungen an und Vorschläge für eine Zusammenarbeit mit den eingeladenen Brandenburger Unternehmen ein.

Der Anspruch der New Alliances Convention, Akteur*innen aus einer Vielzahl an Bereichen praxisnah in Kontakt zu bringen, wurde weiter unterstrichen durch den späteren Besuch zweier Unternehmen in Brandenburg: Der Familienbetrieb Christine Berger GmbH & Co ist spezialisiert auf den ökologischen Anbau von Sanddorn und die Entwicklung und Herstellung einer Vielzahl von Sanddornartikeln verbunden mit einer erfolgreichen Vermarktung dieses Nischenproduktes.

Die Kooperative Baitzer-Heizer für lokale Energieversorgung in Brück beeindruckte mit eben ihrem gemeinschaftlich-partizipativem Konzept der Wärmelieferung und kann als Modell für verschiedene Bereiche kommunaler Infrastruktur dienen, von der Wasserversorgung bis zur Energiegewinnung. Die von der IHK Potsdam vermittelten Betriebsbesichtigungen stießen bei den Delegationen auf überaus reges und nachhaltiges Interesse. Besonders im Mittelpunkt stand die Frage nach der Anwendbarkeit bzw. der Kontextualisierung der vorgestellten Arbeitsweisen auf die spezifischen lokalen Bedingungen in den Fokusländern Ghana, Nigeria und Kamerun.

Die zweitägige öffentliche Konferenzveranstaltung, gewissermaßen das Herzstück der New Alliances Convention mit ihren rund 70 Teilnehmenden in der Wissenschaftsetage Potsdam, wurde thematisch eingeleitet durch Prof. Louis Henri Seukwa von der Fakultät Wirtschaft und Soziales der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, der in seinem Vortrag „Umbruch und Bewältigung: (de)konstruktivistischer Blick auf Flüchtlings- und Asylpolitik Deutschlands im Zeitalter der Globalisierung“ die Ursachen und den Einfluss der weltweiten Migrationsprozesse auf die Formulierung europäischer Werte eingehend und durchaus pointiert betrachtete. So entlarvte der Experte für Migrationsforschung

die repressiven und restriktiven Maßnahmen der Asylpolitik als Zeichen einer Politik, die unfähig ist, konsequent die Folgen ihrer außenpolitischen, wirtschaftlichen, und militärischen Handlungen in ethischer Verantwortung zu tragen. Der Versuch, „Flüchtlinge“ kategorial eindeutig von „Migrant*innen“ abzugrenzen und zwar im Kern nach dem Kriterium „erzwungene“ vs. „freiwillige Migration“, kann demzufolge nur scheitern.

Das daran anschließende Panel und die Diskussionsrunden boten den zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen die Möglichkeit, gemeinsam den Blick auf das Verbindende zu richten und nach konkreten Ansätzen zur besseren Unterstützung von Neuangekommenen in Brandenburg zu suchen. Wie von Migrant*innen und Geflüchteten in Brandenburg „der Platz am Tisch“ eingenommen wird und wie Brandenburg perspektivisch vor allem durch ein vielfältiges Aktivitätenangebot noch stärker zu einem Ort des gleichberechtigten Miteinanders werden kann, war der Fokus einer 2. Podiumsdiskussion.

Anne Quart, Staatssekretärin für Europaangelegenheiten und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, in dieser Position auch zuständig für Entwicklungspolitik, eröffnete den zweiten Konferenztag mit einer sehr enga-

gierten Rede, in welcher sie betonte: „Globale Partnerschaft heißt aber konkret: Partnerschaft vor Ort und in den Regionen. Jedes einzelne Projekt ist daher ein wichtiges Mosaik im gesamten Bild. Deshalb sind Konferenzen wie diese so wichtig. Für Austausch, Diskussion und Vernetzung – als Startpunkt für gemeinsame grenzüberschreitende Projekte.“

Die an diesem Vormittag stattfindende Workshopreihe zu den Themen „Transition, democratisation and participation within the SDG-framework“, „Youth engagement in transformation processes towards SDGs: Driving forces in German and African societies?“, „Change agents: The role of diaspora in development and integration“ und „Preconditions for building new alliances – on the way to decoloniality“ legte den Rahmen für intensiven Austausch und lebendig geführte Diskussionen. Ergänzt wurden diese Themen um weitere Workshops unter aktiver Beteiligung von Misereor, DAJ und oikocredit sowie Stiftung Nord-Süd-Brücken und Echo Kamerun e.V., die sich mit den konkreten Voraussetzungen, Möglichkeiten und Finanzierungsmodellen von Vorhaben unterschiedlicher Größenordnungen beschäftigten.

Der Besuch im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ermöglichte den Delegationsmitgliedern aus



Ghana, Nigeria und Kamerun einen umfassenden Einblick in die Aufgabengebiete des Ministeriums. Dabei wurde von beiden Seiten der Wunsch nach einem ursprünglich für diesen Termin zugesagten Fachaustausch mit den inhaltlich zu Migration und Flucht arbeitenden Referaten innerhalb des BMZ bekräftigt, gewissermaßen als Beginn einer multiperspektivischen Informierung und Abstimmung in ausgewählten entwicklungs- und migrationspolitisch drängenden Fragen.

Ein Verständnis für die koloniale Geschichte Deutschlands und ihre noch heute sichtbaren Spuren auch in der Mitte Berlins sowie für die aktuellen entwicklungspolitischen Bezüge des Themas vermittelte die Stadtführung „Berlin Postkolonial“ auf intensive und bewegende Weise, die gleichzeitig auch das offizielle Ende der New Alliances Convention 2017 markierte.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die interaktive Qualität der Veranstaltung allen Beteiligten eine bessere Verständigung über jeweilige Handlungslogiken ermöglicht hat. Grundsätzlich konnte New Alliances die

Kooperationsfähigkeit der Teilnehmenden für künftige gemeinsame Vorhaben stärken und im gemeinsamen Dialog Voraussetzungen sowie konkrete Ansätze für die Bildung neuer Allianzen aufzeigen.

Dem Wunsch nach einer Fortsetzung dieses innovativen Projektformats wurde insbesondere seitens der Verbündeten, der „Allies“, Nachdruck verliehen, um den Ausbau und die Weiterentwicklung wegweisender neuer Allianzen für eine vorausschauende, solidarisch-nachhaltige und inklusive Neugestaltung der Süd-Nord-Beziehungen unter Wahrnehmung ihrer enormen Chancen voran zu bringen. Weitere Informationen sowie voraussichtlich ab Dezember 2017 eine Dokumentation zur New Alliances Convention 2017 unter www.newalliances.net.

(Die New Alliances Convention wurde gefördert vom Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg sowie von Engagement Global mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung).

Franza Drechsel, Inger Kühn, Uwe Prüfer, Jahsa Wiles



Aus der Arbeit des 8. Round Table Entwicklungspolitik in Brandenburg am 30. Juni 2017

Nach Begrüßung durch Anne Quart, Staatssekretärin für Europaangelegenheiten und Verbraucherschutz, war der erste Schwerpunkt die Vorstellung einer Bestandsaufnahme zur Datenverfügbarkeit von Indikatoren für die Beobachtung der nachhaltigen Entwicklung in Brandenburg. Diese war vom Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg beim Amt für Statistik Berlin-Brandenburg in Auftrag gegeben worden. Herr von Bothmer, Landesnachhaltigkeitsbeauftragter, führte kurz in die Thematik ein.

Da die Erwartungshaltung von Seiten der Organisatoren recht hoch gesteckt war, erhoffte man sich doch aus der Runde eine detaillierte Bewertung der Indikatoren und konkrete Ergänzungen. Es entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, in der Zweifel angemeldet wurden, nicht nur an der Praktikabilität von Indikatoren oder der generellen Messbarkeit z.B. von entwicklungspolitischer Arbeit oder Gerechtigkeit per se. Wichtige Bereiche wie Flucht und Migration fehlten nach Ansicht der Beteiligten im Set gänzlich. Ein Blick auf die Indikatoren im Bereich Bildung zeigte, dass diese nicht geeignet erschienen, Bildung für

Nachhaltige Entwicklung abzubilden. Auch die internationale Vergleichbarkeit zwischen dem, was in Brandenburg und in der Welt passierte, wurde unzureichend berücksichtigt.

Die Steuerungsgruppe des Round Table erhielt deshalb den Auftrag, noch im Herbst 2017 einen Workshop zu organisieren, bei dem Vorschläge für Eckpunkte und Indikatoren für die Weiterarbeit an der Landesnachhaltigkeitsstrategie aus entwicklungspolitischer Sicht konkret fixiert werden.

Der zweite Teil des Treffens war wie in den Vorjahren insbesondere für das Monitoring der Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien Brandenburgs vorgesehen. Stakeholder seitens der Landesministerien sowie der Nichtregierungsorganisationen berichteten über ihre Arbeit. Konkret kamen Aktivitäten und Projekte aus der formalen und informellen Bildung – angefangen von Vereinsarbeit, über Schulen, Berufsbildung und Hochschulen – zur Sprache sowie eine breite Öffentlichkeitsarbeit. Diese z. B. mittels der Bürger- und Fachdialoge „Geflüchtete und Fluchtursachen: Was unternimmt die EU und was haben wir damit zu tun?“ die vom MdJEV in Kooperation mit anderen Akteuren im





Herbst 2016 durchgeführt wurden. Erfolgreich war der Aufbau eines landesweiten migrantischen Netzwerkes NEMIB e.V., welches auch entwicklungspolitische Aspekte im Fokus hat. Dagegen gibt es kaum Fortschritte bei der nachhaltigen Beschaffung und die kommunale Entwicklungszusammenarbeit bleibt ein schwieriges Terrain trotz z.B. der diesbezüglichen Baruther Schloßgespräche. Vorgestellt wurde Neues aus der Integrationspolitik, seitens der evangelischen Landeskirche mit den Programmen Faire Schule und Faire Gemeinde. Das entwicklungspolitische Promotorenprogramm mit seinen beiden Teilgruppen, in denen insgesamt 9 Kolleg*innen koordiniert arbeiten, konnte auf ein erfolgreiches Jahr verweisen.

Nachfolgend werden Redebeiträge der Stakeholder zusammengefasst wiedergegeben.

Staatssekretärin Anne Quart würdigte den Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg als die Institution im Land Brandenburg, in dem die Pioniere für den gesellschaftlichen Dialog entwicklungspolitischer Themen mit der Landesregierung sitzen. VENROB e.V. ist in diesem Prozess seit 2010 der zivilgesellschaftliche Partner des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz (MdJEV, vormals

MWE) des Landes Brandenburg. Von Beginn an wurde eindeutig für die Komplementarität der 2014 verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategie des Landes (LNS) mit den Entwicklungspolitischen Leitlinien von 2012 optiert. Die UN-Nachhaltigkeitsziele von 2015, so Anne Quart, haben bestätigt, dass der Round Table auf dem richtigen Kurs ist. Die Umsetzbarkeit von Strategien muss messbar sein. Das vorgelegte Indikatorenset für die LNS wird auch daraufhin überprüft werden. Sowohl die Umsetzung wie auch die Fortschreitung soll mit breiter öffentlicher Beteiligung angegangen werden.

Karl-Heinrich v. Bothmer, Nachhaltigkeitsbeauftragter des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (MLUL) verwies darauf, dass das vorgelegte Indikatoren-Set in dieser Form nicht für weitere Berichterstattung der Landesregierung herangezogen werden kann. Ausgehend von über 900 Indikatoren, die das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung ursprünglich ausgemacht hatte, wurde nunmehr durch das Amt für Statistik in einem intensiven Prozess ein verkürztes Set von Kernindikatoren ermittelt.

Die nächste Etappe besteht darin, diese derzeit 49 Indikatoren mit der Zivilgesellschaft zu diskutieren, um herauszufinden, ob es weitere für Brandenburg relevante Indikatoren gibt. Im Winter soll über den Stand der Nachhaltig-

keitsstrategie berichtet werden und Eckpunkte für ihre Fortschreibung gefunden werden.

Die im September 2015 von der UN-Vollversammlung beschlossenen 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) decken alle Felder ab. Das spiegelt sich auch in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung wieder. Diese soll das überwölbende Gerüst für Brandenburg sein. Gleichwohl können sich in der zeitlich vor den SDG beschlossenen Landesstrategie die SDG noch nicht widerfinden und auch nicht der aktuelle Diskussionsstand zur Rolle Brandenburgs in der Einen Welt.

Detlev Groß (MdJEV) verweist zu Recht darauf, dass der Round Table bezüglich der Indikatoren auf Entwicklungspolitik fokussieren und entsprechende Schwerpunkte setzen will. Er hinterfragt, ob z.B. bei der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) Bildungsabschlüsse als Indikatoren ausreichend die messbare Realität widerspiegeln. Gerade hierbei „drückt“ sich die Bundesregierung mit ihrer Zielsetzung bzgl. des „lebenslangen Lernens“. Kann man damit die Fortschritte in der Nachhaltigkeitsstrategie messen und neue Erfahrungen und Ansprüche in der Welt mit dem verbinden, was wir zuvor formuliert haben?

In der grundsätzlichen Diskussion um die Sinnhaftigkeit von Indikatoren stellt *Uwe Prüfer (VENROB e.V.)* klar, dass von Seiten der NGOs

oft in Projektanträgen die Wirkungsorientierungen mit Indikatoren belegt werden müssen. Die komplexe Nachhaltigkeitsstrategie mit einem sinnvollen Indikatoren-Set zu versehen, ist methodisch eine sehr große Herausforderung. Die politischen Weiterentwicklungen seit der Verabschiedung der Nachhaltigkeitsstrategie in Brandenburg, vor allem die SDGs, konnten bei vorgelegten den Indikatoren noch nicht erfasst werden. Die SDG geben aber wichtige Orientierungen, die berücksichtigt werden müssen. Um die internationale Einbindung Brandenburgs abzubilden, braucht es demzufolge im Set weitere und auch andere Indikatoren. Hier sollten Ergänzungen erfolgen, z.B.: wie viele Schulen in BRB haben in ihrem Curriculum Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) und Globales Lernen (GL) verankert? Im Bereich Wirtschaft ist es ähnlich: Es gibt gute Ansätze in Brandenburg, der Steuerungsanspruch ist dokumentiert z.B. bei der alternativen Energie. Ein großes Spannungsfeld bleibt dabei der schnelle Ausstieg aus der Braunkohle.

Für das SDG Nummer 17 – Globale Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung – gibt es im Indikatoren-Set keinen einzigen Indikator für Brandenburg und keine Anknüpfungspunkte. Hier könnte z.B. im Bundesrat die internationale Politik der Bundesregierung durch landespolitische Aktivitäten Brandenburgs beeinflusst werden. Die Diskussion aus



entwicklungspolitischer Sicht um die Indikatoren für die Landesnachhaltigkeitsstrategie ist für diese ein notwendiges wie hilfreiches Instrument.

Aus der Diskussion

Patrick Schnabel vom Kirchlichen Entwicklungsdienst (KED) der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) teilt die Auffassung, dass sich in Brandenburgs Indikatoren konkret die Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) und nicht allgemeine Bildungsaspekte widerspiegeln sollen. Um Indikatoren tauglich und sinnvoll erlebbar zu machen, bedarf es strukturierter Prozesse zwischen z.B. VENROB und der Landesregierung.

Abdou Rahime Diallo (VENROB e.V.): Aus Sicht der Migrantenorganisationen ist die Landesnachhaltigkeitsstrategie unzureichend formuliert, denn das Thema Migration ist nicht explizit untergebracht und die Ausblendung besteht auch innerhalb der Indikatoren. Flucht und Migration werden getrennt behandelt. Spätestens seit 2015 sind Migration und Flucht Teil des globalen Wandels. Es ist an der Zeit, vor dem Hintergrund globaler Gerechtigkeit, Akzente zu setzen, auch im Hinblick auf den

Kolonialismus und fortgesetzte Machtstrukturen. Die LNS sollte auch dieses gesellschaftspolitisch relevante Thema einbinden.

Marius Haberland von Stadt-Land.move fragt, wie der Landtag eine breite öffentliche Beteiligung bewerkstelligen will und mit welchen Prozessen und in welchen Formaten dies gelingen soll. Auch hinterfragt er die Struktur der Indikatoren bezüglich der Verantwortung der globalen Entwicklung. Er regt die Hinzuziehung von Beispielregionen bei der Ausrichtung der Indikatoren in Brandenburg an, um die z.T. großen strukturellen Unterschiede in der landesweiten Entwicklung mit qualitativen Maßstäben nachvollziehen zu können.

Er schätzt den Round Table als positiven Prozess, Menschen einzubeziehen. Seine Fragen und Kommentare beziehen sich auf Nord-Süd-Partnerschaften, faire Beschaffung und regionalen Konsum sowie auf die Struktur landwirtschaftlicher Besitzverhältnisse. Er schlägt einen gemeinsamen Workshop vor, in dem Akteure Vorschläge einbringen, anhand derer bestimmte Entwicklungen gezielt gesteuert werden könnten.

Ermyas Mulugeta vom Verein Löwenherz e.V. gibt eine Reihe von Punkten zu bedenken: Deutschland importiert fast 2/3 der Nahrung aus dem Ausland. Die Massentierhaltung hierzulande hat Einfluss auf Böden und Gewässer. Unsere land-





wirtschaftlichen Strukturen machen anderswo bestehende Strukturen, z. B. in Äthiopien, kaputt. Den Kontaminationen des Wassers und des Bodens steht man gleichgültig gegenüber, lokal und global, deshalb gibt es die Fluchtbewegungen schon lange, aber die Landesregierung macht sich jetzt erst Gedanken darüber. Klimawandel – worüber reden wir? Sind wir nicht selbst verantwortlich? Sind etwa die Verkehrsstrukturen nachhaltig?

Regina Büttner vom MBS betont den Wert von Bildung und explizit das Erreichen höchstmöglicher Abschlüsse. Ohne Abschluss keine kontextgebundene Weiterführung, hier muss das Land Brandenburg deutlich werden. Schüler ohne Abschluss sind eine echte Herausforderung, die etwas mit Nachhaltigkeit zu tun hat. Es ist ein strittiger Prozess, was als Indikator genommen wird: Nachhaltige Bildung und / oder lebenslanges Lernen. Wie kann die Umsetzung der Ziele, die im BNE verankert sind, gemessen werden? Womit soll verglichen werden? Welche Gestaltungs- und Handlungsspielräume gibt es an den Schulen für Schüler und Lehrer?

Aus Sicht der Bildungsarbeit an der Basis in Schulen und Institutionen fordert *Christina Katzer (JUSEV e.V.)*, dass sich die Bildungsarbeit der NGOs auch in den Indikatoren widerspiegeln soll. Was ist seit der Tour de Fair 2012

zur ökosozialen Beschaffung an Messbarem passiert? Wie lassen sich die vielen Projekte an Schulen messen? Was erleben Schüler*innen und Lehrer*innen? Was passiert in der Ausbildung, mit welchen Materialien wird gearbeitet?

NGO machen Bildungsarbeit über Nachhaltigkeit, aber was die Schüler*innen täglich sehen, ist genau das Gegenteil: kein faires Essen, keine fairen Bälle etc. Wie wird kommuniziert, dass es Leitlinien gibt, die ausdrücklich auffordern, nachhaltig zu beschaffen?

Wenn verschiedene Ministerien Projekte fördern, haben sie unterschiedliche Vorgaben/Leitlinien: z.B. das Umweltministerium fordert die Nutzung von Umweltpapier. Anderen Förderern ist dies egal, aber der Kaffee muss fair sein. Sie beklagt, dass es kein allumfassendes Konzept zur Nachhaltigkeit gibt. Die Umsetzung in der Praxis fehlt. Genau die wäre auch noch messbar! Auch fehlt die Unterstützung professioneller Bildungsarbeit. Wie viele Leute gibt es in Brandenburg, die wirklich solche Bildungsarbeit machen können? Es sollte die Arbeit an der Basis finanziert werden anstatt noch mehr Stellen einzurichten, die koordinieren.

Marion Piek vom Verein Brandenburg 21 will wissen, welche Auswirkungen die Empfehlungen des Round Table auf die Auswahl der Indikatoren haben. Ihrer Meinung nach fehlt die globale Einordnung, um das Bewusstsein für Nachhaltigkeit zu wecken und eine positive

Beziehung zu Brandenburg herzustellen. Als mögliche Ergänzung des Indikatoren-Sets nennt sie frühkindliche Bildung, denn Bildung ist nicht nur als schulische Bildung zu verstehen.

Als *ehemaliges Mitglied des Nachhaltigkeitsbeirats in Brandenburg* betont *Albert Statz* die Vorbereitung desselbigen bei der Formulierung der Indikatoren. Ihn überrascht die Nichtzugrundelegung des Indikatoren-Sets für weitere Berichterstattung nicht, ist doch die Überprüfung der eigenen Politik in der Landesregierung keineswegs Konsens. Die Erwartungen müssen gedämpft werden, denn Datenerhebung kostet Geld. Es geht nicht nur um Quantifizierung, sondern auch um Qualifizierung. Was will ich mit dem Messergebnis? Bei der Evaluierung der eigenen Politik sollte die rote Warnlampe angehen. Die Indikatoren müssen eingeordnet werden in die Art, wie Politik gemacht wird. Deshalb ist die Verwendungsmöglichkeit von Indikatoren begrenzt. Gewünscht ist ein anderer Ansatzpunkt bei der Auswahl von Indikatoren, nämlich der induktive Weg, ausgehend von der Zielstellung. Beispiele BNE oder auch die Internationalisierungsstrategie: Was wollen wir wissen, welche qualitativen Daten haben wir? Wie können wir sie interpretieren? Womit wollen wir Politik machen?

Es braucht einen pragmatischen Ansatz, um sich nicht zu verzetteln. Die Erkenntnisse sind nebeneinander zu stellen, ihre Werte heraus zu

arbeiten und nicht zu vermischen. Es gibt sehr viel detaillierte Fachberichterstattung, aus der sich Informationen holen lassen, die für diese Diskussion wichtig sind. Hier stellt sich die Frage an Landesregierung, inwieweit sie sich zur Fachberichterstattung bereit erklärt, um die Internationalisierungsstrategie stärker mit der Nachhaltigkeitsstrategie zu verzahnen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion über die Beteiligung der Zivilgesellschaft berichtet *Staatssekretärin Anne Quart*, dass etliche Veranstaltungen zum Thema geplant sind und dass auch für die Internationalisierungsstrategie Anregungen eingeholt werden sollen. Nachhaltige Entwicklung ist eine Aufgabe für alle, die auch in der jeweiligen Fachberichterstattung definiert werden muss. Die Forderung, dass Indikatoren Veränderungen sichtbar machen sollen, ist sehr lobenswert. Dies ändert aber nichts daran, dass im Set bisher qualitative Aussagen und damit deren Nutzbarmachung fehlen.

Karl-Heinrich v. Bothmer gab zu bedenken, dass man sich durchaus nach den Zielen und nicht nach den vorhandenen Daten gerichtet hat. Man könnte auch die Daten regionalisieren, aber wovon soll man dabei ausgehen: Brandenburg in der Welt oder in der Region? Wie bilde ich weltweite Gerechtigkeit ab? Unsere Schweine werden mit Soja gemästet, das





außerhalb Brandenburgs wächst, lokale Produkte verdrängt und die bekannten Probleme in anderen Ländern bringt. Hier haben sich Land und auch der Bund schwergetan, die globalen Verflechtungen abzubilden.

Wir sind mitten in der zivilgesellschaftlichen Diskussion, führen Fachgespräche, holen Beiträge ein, geben und nehmen Informationen und diskutieren in diesem Jahr den Zwischenbericht zur LNS an den Brandenburger Landtag. Entsprechend der Empfehlungen des Landesamtes für Statistik geht das MLUL bisher von 49 Indikatoren aus. Wie viele es letztendlich sein werden, hängt auch von den Ergebnissen ab, die hier diskutiert werden.

Den Blick auf Flucht und Migration fand Wiebke Deeken (Fair-Handels-Beratung Brandenburg) zu negativ, denn diese hat es schon immer gegeben. Es geht nicht darum, Migration abzuwehren. Sie spricht desweiteren das freiwillige Engagement an, das an sich nicht nachhaltig ist, weil die Unprofessionalität im Sinne nicht möglicher Kontinuität in manchen Bereichen stört.

Rahim Diallo weist darauf hin, dass die Nutzungsstrategien des Phänomens Migration wie auch die Willkommenskultur erhöht werden könnten. Von der anderswo zirkulär gedachten Migration – hier könnte Brandenburg etwas lernen und dann selbst anbieten.

Julia Wasmuth vom Diakonischen Werk Teltow-Fläming e. V. bedauert, dass der Vergleich mit Gesamtdeutschland oft nicht hilfreich ist. Z. B. waren die einzigen Indikatoren, in denen sie sich als Brandenburgerin wiedergefunden hat, die Zahl der Ärzte und die hohe Nitratbelastung. Bei der Heranziehung von Schulen ist es ähnlich: Diese sollten mit NGOs zusammenarbeiten, aber hier müsste die Verfügbarkeit geprüft werden. Zugang für alle im Sinne der SDGs und Wahlmöglichkeit für Bildung: Wie viele Leute können sich beteiligen? Wie hoch sind die Mitgliedzahlen, die erhaltenen Fördergelder, die Erreichbarkeit z. B. bei der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs? Wie ist es um die Durchlässigkeit des Bildungssystems beschaffen?

Sabine Heckmann vom Collective Leadership Institute gGmbH hinterfragt, welche Veränderung sollen mit Indikatoren erreicht werden und ob nicht auch ein Zielgruppenbedarf auf unteren Ebenen ermittelt werden müsste, um das komplexe System zu erfassen? Das wiederum wird auf Policy-Ebene formuliert, um es erneut auf die kommunale Ebene runter zu brechen.

Alfred Roos vom Verein Demokratie und Integration Brandenburg e. V. konstatiert, wenn über Nachhaltigkeit geredet wird, dass nicht alle über das Gleiche reden. Die Landesregierung sieht sich die Entwicklung an und formuliert

ihre eigenen Ziele, um Ressourcen, d.h. Steuermittel einzusetzen. Am Round Table können weitere Punkte ergänzt werden wie Fachkräfte, umweltpolitische Fragen, Fluchtgründe, Internationale Zusammenarbeit etc. Aus diesem Kreis werden dafür die Zielstellungen definiert und mit statistischen Mitteln z.B. Schulabschlüssen, erfasst und aufgenommen.

Erzwungene Migration und Migration generell unterliegen einer unterschiedlichen Bewertung, so *Staatssekretärin Anne Quart*. Sie ist Teil unseres Lebens, wir müssen das Beste daraus machen und dort mit der Öffentlichkeitsarbeit ansetzen, wo Migration als Problem angesehen wird. Es ist notwendig, an der Willkommenskultur zu arbeiten. Sie als Indikator aufzunehmen, kann diskutiert werden.

Das MdJEV hat im Herbst 2016 eine Reihe von Bürgerdialogen u.a. Aktionen durchgeführt, um über die Rolle des Landes im Umgang mit Migration zu sprechen. Auch in Brüssel wird dieses Thema bearbeitet. Das MdJEV blickt sehr kritisch auf die Möglichkeiten, die es dafür zur Verfügung hat. Sie bedankte sich erneut bei den Stakeholdern für deren engagiertes Wirken.

Detlev Groß fasst abschließend zusammen, dass heute zwar weder Schwerpunkte festgelegt wurden, noch eine qualitative Bewertung des

Indikatoren-Sets erfolgt ist. Der Round Table wird sich aber diesbezüglich in den Prozess der Nachhaltigkeitsstrategie signifikant einbringen.

Die Steuerungsgruppe des Round Table wird im Herbst 2017 zu einem Workshop einladen für die Erweiterung der Indikatoren z.B. um Migration und Vergleichbarkeit, sowie für die Formulierung von Eckpunkten für die Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie befassen. Die Ergebnisse sind dann als Beitrag des Round Table u.a. an Herrn v. Bothmer zu übermitteln und gehen auch an den Runden Tisch BNE, der im November 2017 tagen wird.

Nach der Mittagspause erfolgte das jährliche Monitoring der Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien Brandenburgs

Thomas Grimm (MWFK) berichtet über Veranstaltungen im SDG-Kontext und nannte im Rahmen des Europäischen Kulturerbe-Jahres 2018 unter dem Motto SHARING HERITAGE das Thema „Brandenburgs Kolonien“. Weitere Themen waren „nachhaltige Stadtentwicklung“; darüber hinaus gibt es seit Juni 2017 von der Nationalen Plattform den „Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung“, der zur Einsicht eingestellt ist. Vom 27.-28. 11.17 findet zum zweiten Mal ein Agenda-Kongress zum Thema BNE in Berlin statt. Außerdem wurden neue Möglichkeiten



geschaffen, Hochschulzugänge für Flüchtlinge zu ermöglichen, z. B. an der Uni Potsdam. Unter dem Suchbegriff ‚Entwicklungspolitik‘ findet man auf Websites der Hochschulen eine Reihe von Veranstaltungen und Diskussionsabenden.

Rahime Diallo stellt sein Angebot als entwicklungspolitischer Promotor bei VENROB für die Stärkung migrantisch-diasporischer Strukturen vor, u. a. um bei Veranstaltungen und Seminaren als Referent aufzutreten sowie weitere Aktivitäten zu unterstützen. Er stellt das im Dezember 2016 gebildete Netzwerk von Migrant*innenorganisationen – NEMIB – vor. Der Verband besteht aus ca. 20 Initiativen, Vereinen und Einzelpersonen. Sie sind zuversichtlich, dass es gelingt, die Interessen von Migrant*innenorganisationen in Brandenburg auf politischer Ebene bekannt zu machen. Derzeit sind sie zwar noch Afrika-lastig, wollen aber Anlaufstelle für alle Neankömmlinge sein, um deren Empowerment zu stärken.

Matthias Hauff will die Fachhochschule Potsdam eingebunden wissen.

Christina Katzer fragt, ob ökosoziale Beschaffung in diesem Zusammenhang ein Thema ist und ob auch im Hochschulkontext die Leitlinien der Landesregierungen besprochen werden.

Bei der Umsetzung der Empfehlungen der Kultusministerkonferenz im Bereich BNE ist mit dem neuen Rahmenlehrplan Brandenburg eine neue Qualität eingetreten, berichtet *Frau Büttner (MBS)*. Eine fachübergreifende Kompetenzentwicklung ist feststellbar. Am Beispiel Verbraucher, Diversity, Mobilitäts- und Verkehrserziehung, etc. werden Schüler*innen zum Erwerb dieser Kompetenzen hingeführt, fächerübergreifend oder im Fach selbst.

Schwerpunktmäßige Begleitsysteme für Schulen im Umfang von 15 Zeitstunden werden ins Leben gerufen, neue Fächer parallel eingeführt – an der Grundschule Physik, Erdkunde, Geschichte – flankiert von Fortbildungen für Lehrer und Schulleiter. Schulen melden ihren Bedarf an, Materialien werden den Schulen an die Hand gegeben. Übergreifende Sachverhalte in den Unterricht planvoll zu integrieren ist nicht leicht für Lehrer, die in der Regel zwei Fächer studiert haben. Es gibt eine Koordination mit Berlin in Form von Tagungen und weiterführenden Veranstaltungen für die fachübergreifende Ausbildung. Die BREBIT ist ein wichtiges Instrument, für die mehr Schulen gewonnen werden sollten, obgleich ihre Nutzbarmachung begrenzt ist. Eine Kann-Bestimmung empfiehlt Schulen, mit externen Fachkräften zu arbeiten und viele Schulen wollen das auch. Allerdings stoßen die Schulen häufig an ihre Grenzen im Landkreis.



Trotz zahlreicher Schulstudien werden noch immer Klassenarbeiten als Indikatoren herangezogen; ist z.B. Lehrerethos ein messbarer Indikator? Vielleicht hilft hier eine wissenschaftliche Untersuchung weiter. Auch beim Schul-Evaluationsportal, auf dem Schüler ihre Schule beurteilen können, werden Indikatoren eingesetzt.

Michael Preuss (MBS) benennt einige Punkte, wie

- das Programm „Jugend für Entwicklungszusammenarbeit“ für Reisekostenförderung, umgesetzt mit der Stiftung Nord-Süd-Brücken;
- das Azubi-Austauschprogramm mit der IHK Potsdam, allerdings trauen sich leider zu wenige Azubis ins Ausland zu gehen bzw. bekommen keine Genehmigung für den Austausch;
- Der Landesnachhaltigkeitsbeirat hatte vor vielen Jahren die Idee formuliert, ein Jugendforum zur Begleitung der Landesnachhaltigkeitsstrategie zu schaffen. Es gab eine Tagung zur kritischen Begleitung der Strategie und das Thema wurde weiter bearbeitet durch Jugendliche. Gibt es im Jugendbereich neue Ansätze und Aktivitäten seitens VENROB?

Ulrich Wendte (MASFG) beschäftigt sich gegenwärtig mit der Integrationspolitik und explizit mit Verwaltungsarbeit, z.B. der Unterbringung von Flüchtlingen, Diskussionen mit Gemeinden – Kostendiskussionen, Debatten mit Willkommensinitiativen. Er berichtet, dass sich der Landesintegrationsbeirat neu konstituiert und einen Round Table im Bereich Migration/Integration mit vier Untergruppen gebildet hat. In diesem Herbst soll die Überarbeitung des Landesintegrationskonzeptes vorgestellt werden. Des Weiteren plant das Land Brandenburg, mit der Bitte an den Bund heranzutreten, ein Bundesaufnahmeprogramm für Jesiden aus dem Norden Iraks zu schaffen. Sollte der Bund nicht überzeugt werden können, ist eine mögliche Zusammenarbeit von einigen Ländern angedacht. Brandenburg will auf jeden Fall auch allein ein Aufnahmeprogramm für Frauen und minderjährige Kinder aus dem Nordirak ins Leben rufen. Angedacht ist z.B. auch Hilfe vor Ort beim Aufbau einer Fakultät für Physiotherapeuten.

Patrick Schnabel vom Kirchlichen Entwicklungsdienst (KED) der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) berichtet, dass die evangelische Landeskirche eine Schule in der Westbank unterhält und den Aufbau einer Mädchenschule im Nordirak überlegt. Auch gibt es Fortschritte beim Programm „Faire Gemeinde“ sowie beim ‚Fair-Trade-Land Berlin‘, für das eine Steuerungsgruppe ins Leben gerufen wurde, die einen ersten Antrag im Berliner Parlament gestellt hat.

Uwe Prüfer (VENROB) spricht sich für schnelles Handeln bei den von Herrn Wendte genannten Überlegungen zu Hilfsprogrammen für Geflüchtete aus, warnt aber vor bloßem Aktionismus. Er verweist darauf, dass es bereits diesbezügliches Know-how anderer Organisationen gibt und dass auch frühere Brandenburger Landesregierungen ihre Erfahrungen mit Hilfsprogrammen während der Balkankrise gemacht haben.

Albert Statz will Migration als Brücke im Sinne des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) verstanden wissen. Die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ bietet genug Beispiele für mögliche Aktionen und Programme.

Detlev Groß berichtet von der jetzt vorliegenden Dokumentation über die von der Landesregierung gemeinsam mit der Europäischen Kommission und anderen Partnern im Herbst 2016 durchgeführten Bürgerdialoge und die Fachtagung mit über 150 Teilnehmenden. Auch müsse Brandenburg als Standort für Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz kommuniziert werden. Das Bewusstsein der Menschen in Deutschland hält nicht Schritt mit den Entwicklungen in der Welt und den Veränderungen in den internationalen Beziehungen. Er kündigt an, dass auch in diesem Jahr wieder eine Reihe von Bürgerdialogen durchgeführt werden.

Bert Wibel, für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) als EZ-Scout an der IHK Potsdam tätig, gibt einen Überblick über die Außenwirtschaftsförderung. Er arbeitet als Netzwerker und berät die brandenburgische Wirtschaft

über die Förderprogramme des BMZ in entwicklungs- politischen Zusammenhängen, beispielsweise Unternehmen in der Agrarwirtschaft zum Thema Biomasse in Brasilien. Derzeit kümmert er sich um Besuchsdelegationen aus afrikanischen Schwellenländern oder Zentralamerika und arbeitet an einer Konferenz, um Unternehmen für den Standort Subsahara zu motivieren. Weitere Arbeitsfelder sind die Mitarbeit bei der Durchführung von Bürgerdialogen; Azubis im Rahmen der kommunalen Partnerschaft von Teltow für den Austausch zu werben oder die Kooperation mit Berufsschulen aus Sambia zu pflegen u. v. m.

Uwe Prüfer verweist in seiner Berichterstattung seitens der NGO auf die Schwierigkeit, aufgrund der unvollständigen Datenlage das zivilgesellschaftliche Engagement bei der Umsetzung der Leitlinien zu messen, zumal es sich z. T. um sehr kleine, lokal begrenzte Initiativen handelt. Daneben gibt es im nichtstaatlichen Spektrum große und sehr professionelle Akteure.

Bezüglich des entwicklungspolitischen Promotor*innenprogramms ist Brandenburg das einzige Bundesland mit einem „Doppel-Konstrukt“. Sechs Promotoren arbeiten seit April 2015 in fünf Schwerpunktbereichen auf 3,9 Vollzeitstellen bei unterschiedlichen Trägern zu Globalem Lernen (schulisch und außerschulisch), der mobilen Unterstützung entwicklungspolitischen Engagements auf lokaler

Ebene, für Fair-Handels-Beratung / Eine-Welt-Läden sowie für das Empowerment von migrantisch-diasporischen Strukturen. Dazu kommen drei Stellen bei kirchlichen bzw. kirchennahen Trägern, deren Wirken explizit nicht an kirchliche Zielgruppen gebunden ist. Es gibt eine enge Verzahnung beider Programme, gemeinsame Planung sowie Verwaltung durch die Stiftung Nord-Süd-Brücken.

Durch die relativ hohe Verbindlichkeit und die finanzielle Absicherung bis Ende 2018 ist Kontinuität längerfristiger gemeinsamer Vorhaben möglich.

Die Bildungsanbieter des Globalen Lernens wie die BREBIT-Akteure und die Promotor*innen für Globales Lernen beteiligen sich an der Umsetzung des neuen Brandenburger Rahmenlehrplans. Es bestehen diesbezüglich gute Kontakte zum MBSJ und zum LISUM. VENROB wird sich demnächst stärker im Jugendbereich engagieren. Geplant ist der Aufbau eines ‚Jugendforums Zukunftsfähigkeit Brandenburg‘ mit eigenen Veranstaltungen.

Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit erfährt nach wie vor von der zurückhaltenden Einstellung des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg keine Impulse. Ungeachtet dessen wird sich Neuruppin auf den Weg zu einer Fair-Trade-Town machen. Auch Potsdam ist angesprochen. Eine neue Struktur für die Kommunikation auf kommunaler Ebene stellen die



Baruther Schlossgespräche statt, zu denen sich 2016 und 2017 auf Einladung des Bürgermeisters einige engagierte Kommunen überlegten, wie sie eine Zusammenarbeit gestalten können.

Ein Erfolg ist die 2017 besiegelte Städtepartnerschaft Potsdams mit Sansibar-Town, auch was den Ausbau der weiteren Klimapartnerschaft beider Städte betrifft.

Marion Pieck berichtet, dass Brandenburg 21 e.V. und VENROB eine Studie planen, in der brandenburgische Kommunen zu ihrem Nachhaltigkeitsverständnis und ihren Aktivitäten befragt werden. Damit soll die Datenlage verbessert, das Verständnis für Nachhaltigkeit gestärkt und qualitative Inhalte geschaffen werden. Die Pilotphase mit ausgewählten Kommunen beginnt voraussichtlich noch dieses Jahr.

Im Verlauf der Diskussion wurde Nachhaltigkeit im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Aspekten benannt, z.B. beim internationalen

Blumenhandel oder bei der Verschwendung von Nahrungsmitteln. Beklagt wurde auch die chronische Unterfinanzierung von zivilgesellschaftlichen Akteuren und ihren Programmen. Gefordert wurde eine stärkere Vernetzung. *Uwe Prüfer* wies in diesem Zusammenhang auf die neugestaltete Webseite des Round Table hin, die von VENROB betrieben wird. Dort sollen neben für der Einstellung von relevante Dokumenten viele Diskussionspunkte angeregt und mit hoffentlich starker Beteiligung der Stakeholder breit diskutiert werden. Er schlägt vor, die Ergebnisse des heute vereinbarten Workshops zur Festlegung der Eckpunkte in der Steuerungsgruppe zeitnah zu diskutieren und auf der Webseite bekannt zu geben.

Detlev Groß hält eine Erhöhung der Mittel für die Promotor*innen in der nächsten Förderperiode ab 2019 für wichtig. Er lobt die Entwicklung des Round Table und beendet das Treffen mit einem herzlichen Dank an alle Teilnehmenden.

Round Table

Seit 2010 ist VENROB e.V. der Partner des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten (seit 2014 des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz) des Landes Brandenburg bei der Durchführung des Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg.

Mit der 1. Veranstaltung des Gremiums am 3. Dezember 2010 wurde der Grundstein zu einem kontinuierlichen Austausch zwischen entwicklungspolitischen Stakeholdern und der Landesregierung gelegt.

Die entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung sind am 1. Juni 2012 nach Mitarbeit des Round Table veröffentlicht worden und werden von diesem bei den jährlichen Treffen einem Monitoring unterzogen.

Am Round Table Entwicklungspolitik wird der gesellschaftliche Dialog zur weiteren Umsetzung der am 30.05.2012 beschlossenen entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung fortgesetzt.

- Zielstellung der jährlichen Treffen ist es,
- ein Monitoring vorzunehmen bzgl. der bisherigen Umsetzung der Leitlinien.
 - die Komplementarität der Leitlinien mit der Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung zu verstärken unter besonderer Berücksichtigung der entwicklungspolitischen Aspekte.
 - je nach aktueller Situation bestimmte Schwerpunktsetzungen zu diskutieren
 - weitere Koordinierung und Planung vorzunehmen.

Politische Rahmenbedingungen sind wichtig, wie 2001, als von der rot-grünen Koalition des Kabinetts von Gerhard Schröder der „Rat für Nachhaltige Entwicklung“ (RNE) ins Leben gerufen wurde („Jahrhundertaufgabe Nachhaltigkeit“). Seit 2002 gibt es eine bundesdeutsche Nachhaltigkeitsstrategie, deren letzte Fortschreibung 2014 unter der Ägide Angela Merkels erfolgte – ein 250seitiger Katalog, in dem alles drinsteht, was unsere Lebensgrundlagen ausmacht.

Von einer deutschen, respektive europäischen Vorreiterrolle in der Klimapolitik kann allerdings kaum die Rede sein. In den vergangenen 25 Jahren sind die Treibhausgasemissionen um rund 60 Prozent gestiegen. Auch die Nachfrage nach fossiler Energie steigt weiterhin an. Führend ist Deutschland bei Diskussionen um technische Klimaschutzoptionen und der Masse an Gesetzgebungsakten.

Die konkreten Emissionen lassen ganz andere Rückschlüsse zu. „Enkeltauglichkeit“ ist eine Schimäre, schaut man sich allein die Exportzahlen in der Autoindustrie an. Keiner traut sich, das volkswirtschaftliche Gleichgewicht in Frage zu stellen und grundlegende Transformationen einzufordern, die unsere Arbeitswelt und unseren „verdienten“ Wohlstand scheinbar gefährden. Wenn wir unser Wohlstandsmodell weiterhin in Schwellenländer exportieren, sollten wir uns dessen bewusst sein, dass sich „plündernde Lebensstile“ wie der unsrige als überaus ansteckend erweisen